

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sontage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.

24½ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 3. April. Se. Majestät der König haben Allernädigst ge-ruht: Den Kreisgerichts-Rath von Crouzaz zu Polen zum Appellationsge-richts-Rath befähigt zu ernennen; so wie dem Rechtsanwalt und Notar, Justiz-Rath Schmidt zu Marienwerder den Charakter als Geheimer Justiz-Rath, und dem Geheimen Rechnungs-Revisor, Rechnungs-Rath Desterfeld bei der auf sein Ansuchen erfolgten Verleihung in den Stabstand den Charakter als Geheimer Rechnungs-Rath zu verleihen.

Angelommen: Der General-Major und Kommandant von Minden, Aliger, von Minden; der Ober-Präsident der Rheinprovinz, von Pommer-Esche, von Koblenz.

Telegramme der Posener Zeitung.

Pesth, Dienstag 2. April. In Privatkonsferenzen haben die Deputirten beschlossen, den Landtag in Ofen nicht zu eröffnen; doch ist die Aenderung dieses Beschlusses in der Gesamtkonferenz möglich. Graf Apponyi ist hier. Die auf morgen bestimmte Eröffnung der Kuriatsitzungen ist in Folge der Ministerkrise fraglich geworden.

Paris, Dienstag 2. April. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Genua vom heutigen Tage hatte Garibaldi am 31. d. Mts. Abends Caprera verlassen und war daselbst eingetroffen; man glaubt, er werde nach Turin gehen. — Aus Turin wird gemeldet, daß Lamarmora seine Dimission zurückgezogen habe.

Kopenhagen, Dienstag 2. April. Gute Nachrichten nach verlangen der englische und der russische Gesandte die aufrichtige Erfüllung der Versprechungen Dänemarks in der Budgetangelegenheit und machen eventhalter die dänische Regierung für den Bruch mit Deutschland verantwortlich.

(Eingeg. 3. April 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 2. April. [Russische Schwankungen in Bezug auf Polens; die Bundeskriegsverfassung; Geheimrat Düncker.] Pariser Nachrichten sprechen von einer Ministerkrise in Petersburg, die mit dem Siege des kurzen Goritschakoff und einer heilweisen Umgestaltung des Kabinetts geendigt haben soll. In Paris knüpft man an diese Mittheitung die Erwartung, daß Kaiser Alexander auf der Bahn der Zugeständnisse gegen Polen weiter vorgehen werde, da man den Fürsten Goritschakoff für ganz besonders geneigt erachtet, den in diesem Sinne ertheilten Rathschlägen des Tuilerienkabinetts Gehör zu geben. Hier hat man noch keine Bestätigung der Pariser Nachrichten erhalten. Nur so viel weiß man, daß in der That am Petersburger Hofe zwei entgegengesetzte Aussassungen mit einander um den Sieg ringen. Die einen glauben durch halbes Eingehen auf die Wünsche der Polen nicht allein die Ruhe zu erhalten, sondern auch für den Fall kritischer Ereignisse in Ostreich eine doppelt einflussreiche Stellung zu gewinnen, während die Anderen sich überzeugt halten, daß jede Nachgiebigkeit der Regierung von den Polen als Schwäche ausgelegt wird. Fürst Goritschakoff in Petersburg scheint allerdings die erstere Ansicht zu vertreten und wird lebhaft von der französischen Diplomatie unterstützt. Die französische Politik ist begreiflich genug. Wenn sie mit den "Sympathien für Polen" zugleich für eine Schwächung der östlichen Nachbarn arbeiten kann, so ist das doppelter Gewinn für geringen Einsatz. — Die Verhandlungen über die Bundeskriegsverfassung scheinen endlich in ein günstigeres Stadium getreten zu sein. In einem jüngst abgehaltenen Kabinettssalon, welchem der König präsidierte, war diese Angelegenheit Gegenstand der Beratung. Die kommissarischen Unterhandlungen mit Ostreich sollen doch wenigstens in eine Bahn gerathen sein, welche eine schließlich Verständigung zwischen beiden deutschen Großmächten als möglich erscheinen läßt, obwohl die wichtigsten Vorschläge Preußens, Zweiteilung des Bundesheeres und des Oberbefehls, noch immer mit östreichischen Bedenken zu kämpfen haben. Auf Bayern nimmt der preußische Entwurf billig Rücksicht. Bei etwaiger Verhinderung Ostreichs sollen die süddeutschen gemischten Armeekorps unter Bayerns Oberbefehl gestellt werden. — Die Nachrichten von dem Abgang des Geh. R. Rathes Düncker nach Bonn zur Übernahme der durch den Tod Dahlmanns erledigten Professur sind auf bloße Konjektur gegründet. Es ist nichts weniger als ausgemacht, daß Herr Düncker die Nachfolge Dahlmanns treten wird, und sollte diese Stelle ihm auch verliehen werden, so wäre dadurch wohl noch nicht ein sofortiges Scheiden aus seiner jetzigen Amtswirklichkeit im Staatsministerium bedingt.

(Berlin, 2. April. Vom Hofe; Tagessnachrichten.) Heute Vormittags arbeitete der König mit dem Kriegsminister v. Roon und dem Generaladjutanten v. Manteuffel und v. Alvensleben und nahm alsdann die Vorträge der Geheimräthe Illaire und Costenoble und des Polizeipräsidenten v. Zedlik entgegen. Um 11 Uhr Vormittags empfing der König, im Beisein des General-Geldmarschalls v. Wrangel, die Generale v. Moltke und v. d. Mübbe, die aus Frankfurt a. M. zur Revision der deutschen Eisenbahnen hier eingetroffenen Generalstabsoffiziere, und hatten dieselben auch die Ehre, zur Tafel gezogen zu werden, nachdem sie im Laufe des Tages die hiesigen Bahnhöfe besucht hatten. Auf dem Potsdamer Bahnhofe verweilten sie über eine Stunde und wurden bei der Besichtigung des Materials u. c. von einem höheren Bahnbeamten geleitet. — Um 1 Uhr konseurte der König mit dem Staatsminister v. Auerwald, fuhr darauf mit seiner Gemahlin, dem Kronprin-

zen und den übrigen Herrschaften etwa 2 Stunden spazieren und ließ sich bei seiner Rückkehr von dem Minister v. Schleinitz Vortrag halten, der zuvor Unterredungen mit den Gesandten Russlands und Württembergs gehabt hatte. — Die Kronprinzessin hat, wie dem Hofe telegraphisch gemeldet worden ist, heute London verlassen und die Rückreise nach Berlin angetreten. Der Kronprinz wird seiner Gemahlin eine Strecke Weges entgegengehen. — Der Prinz Albrecht, welcher heute von seiner Villa Albrechtsberg bei Dresden hier eintreffen wollte, hat seine Rückkehr bis zum 15. April verschoben. — Der Fürst von Hohenzollern kehrt morgen früh von Düsseldorf hierher zurück. Um 11 Uhr Vormittags ist bereits eine Ministerialkonferenz angesetzt. — Die Königin-Wittwe hat, wie ich heute gehört, alle Reisepläne aufgegeben, will den Sommer über in Sanssouci bleiben und später ihren Aufenthalt im Schlosse zu Charlottenburg nehmen.

Der diesseitige Gesandte am österreichischen Hofe, Baron v. Werther, hat sich heute verabschiedet, wird sich morgen früh zu einem kurzen Aufenthalt nach seinem in Schlesien gelegenen Gute begeben und dann von dort auf seinen Posten nach Wien zurückgehen. — Graf v. Perponcher, der seit einiger Zeit in Rom verweilt, wird spätestens am nächsten Freitag von dort zurückkehren; man hört noch nicht, welche Bestimmung ihm nunmehr zugedacht ist. — Als künftiger Hausminister wird jetzt wieder einmal der Staatsminister v. Auerwald genannt. Es soll der Wunsch des Königs sein, daß Hr. v. Schleinitz auf seinem Posten bleibe. — Die landwirtschaftliche Ausstellung findet am 23., 24. und 25. Mai im Kroll'schen Stabtissiment und dem benachbarten Theile des Thiergartens statt. Den betreffenden Kommissionen sind bereits zahlreiche Anmeldungen zugegangen. — Alle hiesigen Turnvereine haben während des Osterfestes Ausflüsse gemacht und sind meist erst gestern Abend wieder hier eingezogen. — Gestern Nachmittag entlud sich über Potsdam ein starkes Gewitter; dabei regnete und hagelte es gewaltig. Tags zuvor soll, wie Reisende versichern, auch am Rhein ein gleich starkes Gewitter gewesen sein. — Der hier verstorbene Generalleutnant und frühere Kriegsminister v. Stockhausen wird morgen Vormittag 9 Uhr begraben. Die hohen Herrschaften werden ihre Wagen schicken.

— [Hr. v. Meusebach in Brasilien.] Gegen und für Freiherrn v. Meusebach, den königlich preußischen Ministerresidenten für Brasilien, ist in der dortigen Presse ein heftiger Klarnf entbrannt. Auf der einen Seite stehen die brasilianischen Blätter, von denen das eine erklärt, "den Minister des Auswärtigen der öffentlichen Verwünschung preisgeben zu wollen, wenn er nicht umgehend Herrn v. Meusebach die Pässe übermachen sollte". Eben so lebhaft tritt dagegen ein deutsches Blatt in Petropolis, die "Brasilia", für den Angegriffenen auf, und die Deutschen in dieser Stadt, sowohl Katholiken als Evangelische, haben beschlossen, ihm eine Dankadresse für die energische Vertretung ihrer Interessen zu überreichen und alle Landsleute in den Provinzen zum Beitrug aufzufordern. Aus den beiderseitigen Zeitungsartikeln läßt sich ein endgültiges Urtheil über die Angelegenheit noch nicht gewinnen. Doch sei einstweilen Folgendes bemerkt: Bekanntlich hat die preußische Regierung allen Agenturen für die Auswanderung nach Brasilien die Konzession entzogen, weil die Auswanderer durch Nichteinhaltung der Kontrakte Seitens der Plantagenbesitzer und durch verschiedene Mängel der Gesetzgebung Brasiliens (z. B. Ungültigkeit der protestantischen und gemischten Ehen) häufig in Not und Elend gerathen. Herrn v. Meusebach fiel die schwierige Aufgabe zu, die Interessen der angefesselten Deutschen zu wahren. Er sieht dies in entschieder Weise gethan zu haben, und daß er damit den Hass der Plantagenbesitzer und der brasilianischen Blätter erregte, wäre an sich nicht auffallend. Ein Artikel in der "Brasilia" aber, in welchem mehrere Plantagenbesitzer des "Betruges" und der "Spizbüberei" gegen die deutschen Kolonisten beschuldigt wurden, zog diesem Blatt einen Prozeß zu, bei dem es sich ergab, daß der Verfasser dieses und anderer Artikel Herr v. Meusebach war, und nun brach der Sturm gegen ihn los. Die hiesigen persönlichen Angriffe wurden gegen den Vertreter Preußens gerichtet, und ihm unter Anderem Schuld gegeben, daß er den schweizerischen Gefanden v. Tschudi, den britischen Gesandten Christie, den Kammerherrn der Kaiserin und Plantagenbesitzer Braz Bellens und den Rechtsanwalt Dr. Nibeiro eines andern Plantagenbesitzers, des Kammerjunkers Valle da Gama, zum Duell gefordert habe. Die Herausforderung des Kammerherrn Braz Bellens zum Pistolenduell wird auch in der "Brasilia", dem Organ des Frhrn. v. Meusebach, erwähnt. Der Streit ist zugleich zu einer Feindschaft zwischen den Eingeborenen und den Deutschen gedeihen, und auf die deutsche Nation, deren Sprache z. B. den Ehrentitel einer "Pferdesprache" erhält, wird in brasilianischen Blättern weidlich geschmäht. Die kaiserliche Regierung, die bisher eine zurückhaltende Stellung bewahrt zu haben scheint, bekommt auch ihr Theil dabei.

[Ordensdekorationen für Nichtchristen.] Im Jahre 1854 ward bei Verleihung des Roten Adler-Ordens eine eigene "Décoration für Nichtchristen" (Juden und Mohamedaner) gestiftet, nachdem bis dahin die allgemeine übliche Décoration (das Kreuz statt einer Sonne) auch Nichtchristen zu Theil wurde. Bei der ersten Verleihung des Roten Adler-Ordens vierter Klasse an einen Juden Seitens Sr. jetzt regierenden Kaiser ist jetzt das landessäbliche Ordenszeichen durch die General-Ordenskommission ausgebändigt worden, so daß das Ausnabmezeichen tatsächlich aufgehabt hat. Wie anzunehmen ist, wird die Angelegenheit durch eine Allerhöchste Kabinettsordre geregelt werden. Es mag übrigens bemerkt werden, daß weder im Kirchenstaat, noch in Spanien, noch in Italien eine eigene Ordensdekoration für Nichtchristen besteht oder bestanden hat.

* — [Wartegelehrter] werden in Preußen an 62 Beamte gezahlt; darunter befinden sich 1 Staatsminister, 4 Oberpräsidenten, 1 Bankchef, 3 Regierungspräsidenten, 5 Gesandte und Geh.

Insetate
(1¼ Sgr. für die fünfgehalbte Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Legationsräthe, 1 Legationssekretär, 3 Polizeidirektoren, 7 Landräthe, 2 Polizeiinspektoren, 3 Polizeikommissarien, 6 Polizeisegeanten, 1 Oberstaatsanwalt, 1 Staatsanwalt, 10 Professoren, Lehren u. s. w., 1 Ministerialrath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten. Die dafür verausgabte Summe beträgt 46,212 Thlr.

Bonn, 31. März. [Prof. Deiters t.] Der juristischen Fakultät unserer Hochschule ward gestern eines ihrer geachteten Mitglieder, Professor Deiters, durch den Tod entrissen. Ein Eunghenschlag raffte den anscheinend Gesunden, der sich noch am selben Tage im Freien bewegt hatte, um 10 Uhr Abends plötzlich hinweg.

Ostreich. Wien, 31. März. [Reorganisation der Verwaltung Siebenbürgens.] Die "Wiener Zeit." meldet im amtlichen Theile: "Se. k. apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 24. März d. J. die Reorganisation der politisch-administrativen Verwaltung Siebenbürgen mit der Bestimmung zu genehmigen geruht, daß das den Rayon des früher bestandenen Rumänen-Grenzregiments umfassende Gebiet hinter einen eigenen, den Naszoder Distrikt, zu bilden habe, in welchem die Verwaltung in jeder Beziehung gleich jener des Bogaraser Distriktes zu organisiren sein wird, daß somit unter Reaktivierung des Siebenbürgischen Landesgouvernements die Komitate, die Szekler- und sächsischen Stühle, der Bogaraser und Naszoder, dann die sächsischen Distrikte und die 1. Kreisstädte und privilegierten Marktflecken in ihren früheren Grenzen und bezüglich des Naszoder Distriktes in den Grenzen des ehemaligen Rumänen-Grenzregimentes und in ihrer früheren, auch auf den Distrikt Naszod auszudehnenden autonomen Stellung wieder hergestellt werden, und daß bis zum 15. April i. J. die Reorganisation vollzogen sein müsse, damit an diesem Tage die Amtsverwaltung der bisherigen Verwaltungsbegrenzung aufhöre und die der wiederherstellten beginnen könne. Zugleich wurde der gesetzliche Graf der sächsischen Nation, Franz Freiherr v. Salmen, angewiesen (v. Tel. in Nr. 75), sich befußt der mit möglichster Beschleunigung vorzunehmenden Reorganisation der sächsischen Stühle und Distrikte, so wie der Wahlen der Bürgermeister und Königsrichter ohne Verzug nach Siebenbürgen zu verfügen."

[Ostreich und Deutschland.] Die "Zeit" schreibt: "Die liberale Partei auf den Landtagen von Ostreich, Steiermark und Tirol muß es offen aussprechen, daß das Bemühen, Ostreich in freien und gerechten Verfassungsformen zusammenzuhalten, sie außer Stand setzt, sich an der Kraftigung Deutschlands durch innere Umgestaltung zu befreien. Es liegt auf der Hand, daß mit dem Übergang dieses alten Staates aus der absoluten in die konstitutionelle Staatsform die Schwierigkeit für seine Bewohner, an Deutschlands staatlicher Entwicklung Theil zu nehmen, zu baaren Unmöglichkeit geworden ist."

[Konflikte mit dem Militär.] Aus Sil. 68 (bei fünftlich) wird dem "Peißler Al." geschrieben: "Am 19. März, als am Tage des bisherigen Jahrmarkts, wollten drei Mann der hier stationirten Finanzwache einen mit Tabak beladenen Wagen, der auf dem Markt seine Fracht, als Kontrebande wegzunehmen, Nachdem sich aber die Finanzwache vergebens bemühte, auch nur in die Nähe des Wagens zu gelangen, requirierte dieselbe 12 Männer, welche von der hier garnisonirten Cavallerie aufgestellt waren, auf den Platz heransprengten, wo der Eigentümer des Tabaks ganz ungenirt seine Fracht seilte, schwerte sich eine große Anzahl Bauern zusammen, postierte sich auf und neben den Wagen und verwiergten die Übergabe des Tabaks, die auch faktisch unterbleiben mußte. Schließlich wurde die bedrohte Tabakkablung von den Landleuten im Triumph von dannen geführt. — Aus Szilagy-Cseh im Mittel-Szolnoker Komitat wird dem "Kolozsvari Közlöp" geschrieben, daß es dort zwischen dem Militär und den Bürgern zu einem blutigen Zusammenstoß kam, worauf sich der Obergespan jenes Komitates mit der Bitte an den Militärcosmandanten in Siebenbürgen, FML. Fürsten Eichenstein, wendete, daß mit dem Übergang dieses alten Staates aus der absoluten in die konstitutionelle Staatsform die Schwierigkeit für seine Bewohner, an Deutschlands staatlicher Entwicklung Theil zu nehmen, zu baaren Unmöglichkeit geworden ist."

[Die ungarischen Wirren.] Sowohl im Ministerium als bei Hofe herrscht die größte Unsicherheit über die Haltung, die man bei der heutigen Sachlage Ungarn gegenüber annehmen soll. Graf Szecsen und Baron Bay intrigieren durch alle denkbaren Kanäle, um der Revolution den Charakter einer Revolution abzuprägen und sie als eine loyale Forderung der gedrückten Nation darzustellen; die österreichischen Minister hingegen präsentieren ein Dokument nach dem anderen, worüber die versteckt wie die offene Revolte dargestellt wird. Sie wollen glauben machen, es sei noch immer ein friedlicher Ausgleich möglich, die zeigen auf die leeren Steuerkassen, auf die Verführung der ungarischen Soldaten, auf die Widerstreitigkeit der Komitatsbehörden, wodurch jede Regierung unmöglich ist. Niemandem kam das Dokument Deal's an die Kroaten ungeliebt, als den magyarischen Ministern, deren Angaben hierdurch dementiert werden, und seit dieser Publication ist die Förderung von Reisegerecht des kaiserlichen Hofes nach Ungarn eingestellt, dagegen aber der Marsch deutscher und slavischer Regimenter nach Ungarn beschleunigt. Alle Notizen über einen Aufschub der Gründung des ungarischen Landtages, über die Einreise des Kaisers, über Annahme oder Verwerfung der Vorschläge des ungarischen Hofkanzlers gehören in den Bereich unbeglaublicher Gerüchte; man hat keinen Entschluß gefaßt, weil die Umstände keinen Entschluß gestatten. Das Wahrscheinlichste ist, daß man die Dinge sich selbst überläßt, bis die Entwicklung zu einer Krise führt; man wünscht hier bloß, daß der Reichsrath der deutsch-slavischen Provinzen veranlaßt sei, um ihm die Lösung der staatsrechtlichen Fragen zu übergeben. Die höchsten Würdenträger Kroatiens, der Militärgrenze, Siebenbürgens und die Führer der verschiedenen Nationalitäten geben sich hier Stelldecks, um sich zu orientieren; denn alle sehen es ein, daß eine der wichtigsten Perioden im Völker- und Staatsleben Ostreichs ihren Höhepunkt erreicht. Die minder Befangenen erkennen es zugleich, daß die Krone entschlossen ist, den Witen um jeden Preis ein Ende zu machen, und daß sie daher alle ihre Kraft vereint, um der Autorität Achtung zu erwerben. Daher kommt es, daß die Straßenkrawalle in Ungarn bereits seltener werden und wie aus einem Munde das Stichwort erönt, jeden gewaltigen Schritt zu vermeiden. In vorzüchter Zeit wird es sich zeigen, ob die Regierung doch zu einem Entschluß gelangt! (R. B.)

[Beurlaubung der Reisefreisen.] Die "Milit. Zeit." schreibt: "Der Kaiser hat angeordnet, daß alle aktiv dienenden Reisefreien, welche mit Ende Juni 1861 die Reservepflicht vollstreifen, schon jetzt vorläufig in ihre Heimat beurlaubt werden dürfen. Dieser Befehl bedarf keines Kommentars; er konstatirt, daß trotz der zweifelhaften Weltlage im Allgemeinen die Aussicht für den Frieden nicht geschwunden sind."

[Die Militärgrenze], welche von der Beschiebung des kais. Landtages ausgeschlossen bleibt, enthält 715 Quadratmeilen mit 1,170,000 Einwohnern. Die Städte sind mit geringer Ausnahme wenig bevölkert, unterhalten aber lebhafte Verkehr. Die im Dienste befindlichen Grenztruppen betragen in Friedenszeiten gewöhnlich 45,000 Mann, im Kriege können 100,000 streitbare Männer in das Feld gestellt werden.

[Eine Polizeigefichte.] Die "Presse" schreibt: "Die Wiener Polizei hat einen Landtagsabgeordneten aus Wien ausgewiesen. Herr De Pretis ist dieser Abgeordnete, und er selber erzählt uns seine jüngsten Erlebnisse als einen thatsächlichen Beweis für die Notwendigkeit grundgesetzlicher Bestimmungen über den Schutz der persönlichen Freiheit und über die Unverletzlichkeit der Volksvertreter. Herr De Pretis (wir folgen den uns von ihm selber gemachten Mitteilungen), im Jahre 1848 Appellationsrath in Innsbruck, zuerst zum Abgeordneten des Bezirks Mezzolombardo für die deutsche Nationalversammlung und dann zum Reichstag abgeordneten des Bezirks Lavis gewählt, um im österreichischen Reichstage zu Wien und Kremser eine hervorragende Stellung einzunehmen. Zeit lang Vizepräsident des Reichstages, war er Vorsitzender in der Grundentlastungskommission und präsidierte dem Klub der Linke. Nach dem jähren Ende des Reichstages wurde De Pretis von Amts wegen und ohne Entschädigung nach Klagenfurt überzeugt und suchte im Jahre 1849 seine

Pensionierung nach, die ihm auch als Oberlandesgerichtsrath bewilligt wurde. Er überstießt hierauf nach Trient, wo er als Rechtskonsulent seinen Aufenthalt gewann und in der Gemeinde ein durch die Übertragung mancher Ehrenauszeichnungen Mitglied war. Im Juni 1860 erhielt De Pretis vom Trienter Kreishauptmann Hohenwarth, angeblich im Auftrage des Statthalters, den Befehl, die Stadt zu verlassen und seinen Aufenthalt in Steyr zu nehmen. De Pretis protestierte dagegen, forderte Angabe der Ausweisungsgründe und gerichtliche Untersuchung. Vergebens, denn nach 14 Tagen wurde der Ausweisungsbefehl, unter Anwendung von Zwangsmäßigkeiten, wiederholt und De Pretis wich der Gewalt. Wie die Landsleute, der 70jährige Ritter von Baffetti nach Jungbunzlau, der Kaufmann Ios. Santoni nach Pilsen (inzwischen nach Mailand geflohen), der Jurist Dellaroj nach Pise, der Arzt Sartorelli aus Borgo nach Lavor, und neun Andere, so ging er nach Steyr, wo er eine schwere, zehnwöchentliche Krankheit überstand, und von wo er bei beiden Minister Goluchowski und Nadasdy erfolglos um die Erlaubnis bat, ein milderes Klima oder Wien zum Aufenthalt wählen zu dürfen, bis ihm endlich Anfangs dieses Jahres gestattet wurde, sich in Graz aufzuhalten. Statt nach Graz ging jedoch De Pretis nach Wien. Hier angekommen, nahm er Audienz beim Staatsminister, Ritter v. Schmerling, und begehrte den Schutz seiner persönlichen Freiheit nach den Grundzügen, die im ministeriellen Rundschreiben selbst ausgesprochen worden waren. Der Minister sicherte dem Bittsteller eine baldige Erledigung seines Gesuches zu. Inzwischen lebte De Pretis hier ungestört. Als er Ende Februar die Nachricht erhielt, daß sein Bruder, der Verwalter des gemeinschaftlichen Vermögens, lebensgefährlich erkrankt sei, bat er um einen Pass, denselben befuhr zu dürfen. Den Pass erhielt er nicht. Der Bruder starb, und De Pretis, Vater zweier, die Universität besuchender Söhne und dreier unerzogener Töchter, blieb ferngehalten, verhindert, seine Interessen in der Heimat wahrnehmen zu können. Vor vierzehn Tagen endlich wurde De Pretis hier vor die Polizei geladen und über den Zweck seiner Anwesenheit in Wien befragt. Er erklärte, sich wegen seiner Pflege bei Verwandten lieben in Wien als in Graz, wohin man ihn verwiesen habe, aufzuhalten. Am 26. v. M. wurde die Vorladung wiederholt und ihm bedeutet, er müsse Wien zugleich verlassen und sich nach Graz begeben. De Pretis protestierte dagegen und machte noch geltend, er sei nun inzwischen zum Abgeordneten des Wahlbezirks Gles.-Male.-Fondo-Mezzolombardo für den tirolischen Landtag gewählt und es sei eine seltsame Illustration des konstitutionellen Regimes, einem Volksvertreter den Aufenthalt in der Reichsstadt zu verbieten. Wie wenn derfelbe zum Landtag in den Reichsrat gewählt würde? Eines Kommentars bedarf diese Erzählung, deren Treue durch den Charakter De Pretis verbürgt ist, wohl nicht, und wir sind ungeduldig, zu hören, daß der Staatsminister, das bisherige Verfahren in dieser Sache missbilligt, dem Schwergeläufigen Genugthuung geben wird.

Pesth, 1. April. [Teleg.r.] Dem Vernehmen nach ist die Genehmigung zu den Iudiciorial-Beschlüssen wieder in Frage gestellt. Die Eröffnung des Landtags wird wahrscheinlich Sonnabend stattfinden. Als Kammerpräsident wird Kolumbus Chiczy genannt.

Güns, 27. März. [Wahlprüfung.] Nachdem die am 16. d. wegen eines blutigen Zusammenstoßes der Wähler stattgefundenen Wahl unterbrochen werden mußte, setzte die Kommission dieselbe fort. Die Wähler der beiden Kandidaten erschienen in größter Ordnung am Wahlplatz und die Abstimmung ging anfangs in Ordnung vor sich; allein die Erbitterung, welche in den Vorgängen am 16. sich fand, brach bald wieder hervor, die Wähler fingen an, sich gegenseitig herauszufordern, und bald entstand ein furchterfüllter Zusammenstoß; die in großer Anzahl gegenwärtigen Sicherheitswächter (Panduren), 80–100 Mann, konnten die Ordnung nicht mehr herstellen, ja ihr Einschreiten steigerte die Erbitterung des Kampfes noch mehr und der Zusammenstoß war so furchterfüllt, daß man die hiesige Militärbehörde erfuhrte, den blutigen Sache ein Ende zu machen. Der Oberst Baron Sedlnitsky kam der Bitte unserer Stadtbehörde bereitwillig nach, ließ seine Dragoner ausspringen und die Geschichte war bald zu Ende; denn die Wähler der Stadt ließen sich durchaus nicht mehr zur Abstimmung herbei und gingen nach Hause, während die Landgemeinden der andern Partei, eingeschlossen vom Militär, abstimmten und nach gebührlicher Abstimmung gemeindeweise unter militärischer Bedeckung aus der Stadt geleitet wurden.

Pozeg, 27. März. [Komitaßbeschlüsse.] Die Komitaßkongregation hat folgende weitere Beschlüsse gefaßt, die sammt den früheren gleichsam als Instruktion für die Landtagsabgeordneten dieses Komitaßes zu gelten haben: Sie selbst haben gegen die Annahme eines Abstimmungsgesetzes am Landtag, die sie folche nach unseren Gegebenheiten nicht anerkannt find, zu protestiren; Se. Majestät der König ist zu bitten, künftighin den Ban nach altherkömmlichem Gebrauche aus einem Ternavorschlage, und zwar aus dem Zivilstande, durch den Landtag wählen zu lassen; die Abgeordneten haben darauf zu dringen, daß der vom Ban abzulegenden Eid ehestens vom Landtag erwogen und approbiert werde; die Vereinigung mit Ungarn ist unter Bedingungen, welche die politische und nationale Gleichberechtigung garantiren, anzustreben; da wahrscheinlich der Ban zugleich Landesfürst sein wird, möge der Bruder des verehrten Ban Jelacic, der l. f. F. Georg Graf Jelacic, zum Vizefürsten ernannt werden; die Bevölkerung der Murinsel soll über ihr künftiges Geschick ohne jeden fremden Einfluß selbst entscheiden; das Institut der Finanzwache soll mit aller Energie bekämpft und auf die Bekleidung derselben hingearbeitet werden.

Agram, 1. April. [Teleg.r.] Ein Aufmarsch hält vor dem Polizeizähne statt, die Fenster wurden eingeworfen. Dort und von andern Aerialgebäuden wurde die Adler herabgerissen; Verwundungen haben stattgefunden.

Lübeck, 31. März. [Reform des Gewerbelebens.] Auch bei uns beginnt es jetzt für die Gewerbereform sich zu regen, und zwar im Innern der zünftigen Gewerbetreibenden selbst. Von den Aelterleuten der hiesigen Ämter ist eine Eingabe an den Senat berathen worden, in welcher mit Hinweis auf die lebhaften Bewegungen der jetzigen Zeit zur Anbahnung vollständiger Gewerbefreiheit die Überzeugung ausgesprochen wird, daß auch hier manche veraltete Einrichtungen der Reform bedürfen, zugleich aber die Furcht nicht verhehlt wird, daß bei den eigenthümlichen Verhältnissen Lübecks die unbeschränkte Gewerbefreiheit weder dem Interesse der Gewerbe, noch dem Gemeinwohl entsprechen würde, und worin dann der Senat schließlich gebeten wird, eine Kommission aus seiner Mitte zu ernennen, welche unter Beziehung von Amtsgenossen eine zeitgemäße Reform des Gewerbelebens bearbeiten möge. Von den 58 hiesigen Ämtern haben sich 52 dieser Eingabe zustimmig erklärt.

Schleswig, 30. März. [Die kriegerischen Vorbereitungen im südlichen und mittleren Schleswig] gewinnen an Ausdehnung. Die Eingesessenen und Landbesitzer in Sundewitt und Alsen sind aufgefordert, schriftliche Anerbietungen und Vergütungsangaben für Fuhrleistungen und andere Arbeiten bei den Befestigungsanlagen auf den Düsseler Höhen vor Sonderburg einzureichen. In Schleswig selbst haben die dort angelangten Genietruppen mit der Errichtung der anzulegenden Werke bereits begonnen. Desgleichen ist in Friedrichstadt eine Sektion Pioniere eingetroffen, was auf die Befestigung dieses für die Deckung der Landesfront Eiderstedt und Stapelholm wichtigen Punktes schließen läßt. Endlich soll die Befestigung der wichtigen Nebengangspunkte Missunde (an der Schlei) und Hollingstedt (an der Treene) in Angriff genommen werden. Aus dem allen ist zu schließen, daß die dänische Position im Allgemeinen die durch Terrainverhältnisse klar ange deutete langgestreckte Vertheidigungslinie von 1850 einzunehmen wird. An sonstigen Maßregeln ist zu erwähnen, daß nunmehr die Zahl der vorhandenen Infanteriebataillone (1 Garde- und 23 Linienbataillone) doublirt worden und der Bestand der doublirten Infanteriebataillone auf 200 Mann (50 pr. Kompagnie) gebracht werden soll; was freilich den Gesamtbestand der dänischen Infanterie noch nicht über 10,000 Mann bringen würde, doch sind durch diese Einrichtung die Rahmen für 40–50,000 Mann (A Bataillon resp. 800–1000 Mann) gegeben. Dabei ist freilich zu bemerken, daß die Dienstzeit der deutschen Infanterie nur etwa

1½ Jahr dauert und daß spätere Einberufungen behufs Übungen nicht sehr häufig stattfinden. Der Friedensetat eines dänischen Infanteriebataillons beträgt nicht über 140 Gemeine und Unteroffiziere (Gefreite.) Es werden also, um die Komplettierung der angegebenen Zahl von Bataillonen herzustellen, nicht weniger als 12 Jahre erforderlich sein. Die Blätter haben mit großer Genugthuung auf die verhältnißmäßig hohe Zahl derer hingewiesen, welche sich aus Holstein zu Reserveoffizier-Aspiranten gemeldet hatten. Zur Motivierung dieser Thatache mag bemerkt werden, daß diese holsteinschen Aspiranten fast ausschließlich Post- und Zollkomödisten sind, denen durch die betreffenden Bedingungen und Verordnungen die größten Vortheile für ihre Zivilkarriere geboten sind. Sehr unbequem wird diesen, beiläufig nichts weniger als kriegslustigen Aemterspulanten aber die Aufforderung gekommen sein, sich jetzt schon mit Aussicht auf schnelles Avancement als Gemeine in den verschiedenen Heeresabtheilungen verwenden zu lassen, widrigensfalls sie vor Ausgang dieses Monats wieder entlassen werden würden. Man schlägt aus obiger Maßregel übrigens auf sofortige Mobilisierung der Armee. Mit Mobilisierung der Reiterei und Artillerie hat man sich bis jetzt nicht überreilt. Für erstere Truppengattung haben erst wenig zahlreiche Einberufungen an Mannschaften und Distriktspferden und nicht bei allen Regimentern stattgefunden. Von einer Verstärkung der Artilleriemannschaften hat bis jetzt noch nichts verlaufen. Dagegen melden dänische Blätter von der Herstellung der ersten gezogenen Feldbalterie, der in diesen Tagen noch drei andere folgen sollen. Die Röhre sind nach französischem Muster gearbeitet. Von der Flotte ist ein ansehnliches Geschwader von 4 Kriegsdampfern, 2 Dampfschiffen, 4 Ruderkanonenbooten, 8 Kanonenjollen und 1 Transportschiff ausgerüstet und nach Holtenau (Kieler Hafen) abgegangen; die kleineren Fahrzeuge desselben werden voraussichtlich durch den schleswig-holsteinischen Kanal nach der Nordsee gehen, um eventuell zur Blockade der deutschen Nordseehäfen verwandt zu werden. (Pr. 3.)

Großbritannien und Irland.

London, 31. März. [Die "Times" über Frankreichs Kriegsberichts.] Cobden hatte sich jüngst in einer Zeitschrift an die Liverpoller Handelskammer gegen die Verstärkung der englischen Streitkräfte ausgesprochen und war für die friedlichen Absichten der französischen Politik in die Schranken getreten. Die "Times" macht ihn, statt einer weiteren Erwiderung, auf das eben in Paris ausgegebene Annuaire militaire für 1861 aufmerksam. Die Gesamtkräfte der französischen Armee wird in demselben mit 687,100 Mann angegeben, und die "Times" fragt Herrn Cobden höflich, was er sich von einer solchen Militärmacht denke? was er wohl sagen würde, wenn England eine eben so große Armee im Lande bereit hielt? Ob er wohl in Abrede stellen möchte, daß die Existenz eines solchen Heeres den Frieden gefährde, nachdem er sich doch beklagt habe, daß durch die englischen Freiwilligen der kriegerische Geist der englischen Nation gefährliche Nahrung erhalten? Ob logischerweise England nicht 400,000 Mann bereit halten müste, so lange der Nachbar ihrer 600,000 beisammen hat? Ob es somit denn in der That, wie Mr. Cobden fortwährend behauptet, nichts als Leidenschaftlichkeit, Verblendung, Boshaftigkeit oder Eauze ist, wenn die Presse und die Majorität in England es Angebots jener französischen Kriegsbereitschaft für angezeigt hält, ebenfalls kriegsbereit zu sein?

— [Die Arbeitseinstellung der Baugewerke] droht abermals traurige Dimensionen anzunehmen (s. gestr. Ztg.). Vor erst feiern die beiden großen Firmen Kell und Lucas, welche die Errichtung des großen Gebäudes für die Ausstellung des nächsten Jahres übernommen haben. Von diesen ist folgender Vorschlag gemacht worden: Statt daß die Arbeitszeit auf gewisse Tagesstunden beschränkt werde, arbeite jeder, so lange er Lust hat, und lasse sich für die Stunde bezahlen. Bisher war festgelegt, daß jeder Maurer an Wochentagen 10 und an Sonnabenden 8 Stunden arbeiten müsse, wofür sie einen Wochenlohn von 33 Schillingen, so mit 5 Sch. 6 P. für den Tag oder weniger als 7 P. für die Stunde verdienen. Die genannten Firmen erklären sich bereit, volle 7 P. für die Stunde zu zahlen und es dem einzelnen Arbeiter freizustellen, wie viele Stunden er den Tag arbeiten will. Dieser Vorschlag ist offenbar ein billiger, denn er sichert dem Arbeiter einen größeren Verdienst, selbst wenn er nur genau so viele Stunden arbeitet als bisher; er bietet ihm aber auch die Möglichkeit, mehr zu verdienen, wenn er Lust und Kraft hat, eine Stunde länger zu arbeiten. Trotzdem erklären die betreffenden Gewerksvereine, daß dieser Vorschlag unannehmbar sei, denn der stärkere und fleißigere Arbeiter wäre dann im entschiedenen Vortheil, was doch wohl sehr naturgemäß ist, und dem Arbeiter sei es nicht um mehr Geld, sondern um mehr Erholung zu thun, was jedem Einzelnen, der obigen Vorschlag annimmt, ja eben freigestellt bleibt.

— [Karl Blind über die panslavistische Propaganda.] Karl Blind wird, der englischen lithographirten Korrespondenz zufolge, binnen wenigen Tagen auf den von Mazzini an ihn gerichteten Brief eine Erwiderung in deutscher und italienischer Sprache veröffentlichten, und die genannte Korrespondenz ist in Stand gesetzt, aus dieser Erwiderung bereits einige, die Tendenz derselben charakteristende Stellen mitzuteilen. In Betreff der panslavistischen Propaganda heißt es in dem Schreiben: Ueber sie breitet der moskowitische Raubvogel und der napoleonische Geier seine Schwingen. Ihre Aufgabe ist, unter einem trügerischen Nationalitätenbanner Ost- und Mitteleuropa in Atomie auseinander zu bröckeln, um die Vorherrschaft zweier Autokratien zu gründen. Italien würde, unter dieser Voraussetzung, zum Vasallen des westlichen Imperators werden, wie Konstantinopel zum Ostrom eines panrusischen Czaren. Das deutsche Volk hege keinen vorgefaßten Gross gegen die slavischen Stämme; sollte aber die panslavistische Propaganda aus Polen eine hervorpringende Bastei gegen Deutschland machen, sollte man den Deutschen ihre Städte an der Ostsee entreißen und die Grenzfähle von 1772 wieder aufzupflanzen wollen, als ob der Lauf der ganzen Geschichte rückgängig gemacht und zwar immer nur zum Nachteil Deutschlands rückgängig gemacht werden müßte, dann werde die Sache Polens einen unerträglichen Verlust erleiden. Die deutschen Freiheitsparteien fährt das Schreiben fort, wollen gerecht gegen andere Völker sein; aber sie können nicht dulden, daß Deutschland selbst unter dem Vorwande bald der natürlichen Grenzen, bald der historischen Individualitäten, bald der Sprache, bald der

Wasserscheiden und Bergkämme, an allen Ecken und Enden angebrochen werde. Der geschichtliche Zufall hat es so gefügt, daß der ganze Osten Europa's aus einem Gewirr von Völkerbruchtheilen besteht, die der Strom der großen Wanderungen hier abgelagert hat. In unser eigenes Land sind solche Bruchtheile da und dort eingesprengt. Sie herauszuzerren, ist unmöglich. Sie selbständige zu machen, wäre ein Hohn auf jede Staatenbildung. Der schlimmste Witzwarr vergangener barbarischer Zeiten stiene, im Vergleich dazu, politische Vernunft."

Frankreich.

Paris, 31. März. [Tagessbericht.] Die "Patrie" zeigt an, daß Befehle ertheilt seien, Alles zur Beiseitung der Leiche Napoleons I. in dem Mausoleum des Invalidenhofs vorzubereiten. Die sterblichen Überreste des Kaisers befinden sich bekanntlich in einer Seitenkapelle. Die feierliche Beiseitung, der die kaiserliche Familie und die Großwürdenträger beiwohnen sollen, ist auf Dienstag den 2. April festgesetzt. — Aus Chambéry meldet der "Courrier des Alpes", daß dort am 25. d. aus Verona gebürtige österreichische Dserteure aus Rastatt in voller Uniform erschienen seien, um von der Straßburger Präfektur mit Armenpässen und Reisegeld versehen, sich nach Mailand zu begeben. — Ein kaiserliches Dekret vom gestrigen Tage erhöht das Kapital der algerischen Bank von 3 auf 10 Millionen in 20,000 Aktien à 500 Frs. — Nach den letzten Nachrichten aus Cochinchina haben die Landungsstruppen, etwa 4000 Mann stark, unter den Befehlen des Marine-Infanteriegenerals de Bassigny am 16. Februar alle von den Annamiten aufgegebenen Positionen besetzt und schicken sich zum Marsch gegen Hué an. Privatnachrichten des "Pays" melden, daß, wenn die erste Expedition nicht den Kaiser von Anam zum Unterhandeln bewege, eine zweite Expedition unter General Montauban selber gegen Hué unternommen werden solle. — Aus Leberan wird gemeldet, daß die Mitglieder der französischen Militärmission wieder nach Frankreich zurückkehren werden, und soll dieses Ereignis im englischen Einflusse seinen Grund haben. — Pastor Coquerel ist vom Unterrichtsminister um schleunige Abschaffung einer Ausarbeitung der protestantischen Kirchendiäzipin erucht worden. — Nach der deutschen "Pariser Zeitung" betrug die Einnahme des Pariser deutschen Hülfswerveins pro 1860 27,680 Frs. 43 Cent. Von dieser Summe sind etwas über 5000 Fr. für Verwaltungskosten, gegen 18,000 Fr. für Unterstützungen verausgabt und beinahe 5000 Fr. im Reservesfonds angelegt worden.

— [Neue Panzerfregatte.] Am 27. ist im Befiein des Marineministers, Chasseloup-Laubat, zu Portent die neue Fregatte "Couronne" vom Stapel gelassen. Dieses Schiff ist ganz anders gebaut als die "Gloire" und die "Normandie". Gerippe und Bekleidung sind ganz von Eisen, letztere ist mit Holz verschalt und das Ganze mit einem lugelfesten Panzer umgeben. Das Vorderkastell, welches gleichfalls gepanzert ist, ist eine wahrhafte Festung; man verspricht sich von ihm, bei einem allenfallsigen Untergang des Schiffes, besonders gute Dienste. In der Mitte des Schiffes erhebt sich ein geharnischtes Blockhaus, welches für den Befehlshaber bestimmt ist, um von diesem Punkt aus den Feind besser beobachten und das Schiff mit Leichtigkeit lenken zu können. Schließlich besteht die Bewaffnung dieses durchdringbaren Fahrzeuges aus 40 schweren Kanonen des schwersten Kalibers, die von hinten geladen werden. Das Schiff hat eine Maschine von 900 Pferdekraft; es ist 87 Meter lang und die Höhe der Stückporten über dem Wasserspiegel beträgt 5 Meter. Uebrigens werden in Portent wieder zwei neue Panzerfregatten, "Héroïne" und "Surveillante", auf das Werk gestellt.

— [Erklärung der Maronitenbischöfe.] Der "Moniteur" veröffentlicht heute ein vom 15. März datiertes und von den vier Maronitenbischöfen zu Beyrut, St. Jean d'Acre, Zahl-Bella und Baalbek unterzeichnetes Schreiben, welches eine im englischen Parlament erhobene Beschuldigung zu entkräften bestimmt ist. Die Bischöfe waren nämlich bezeugt worden, von Suad Pascha die Hinrichtung von 4600 und, als diese Zahl zu groß befunden worden, von mindestens 1200 Drußen verlangt zu haben. Wie die vier Bischöfe die Sache jetzt darstellen, hätten sie selbst Niemandes Kopf verlangt, sondern auf das Ansuchen Suad Pascha's, ihm die schuldigen Drußen namhaft zu machen, erklärt, das sei nicht ihres Amtes; also daß hätten sie sich allerdings dazu verstanden, 16 angebliche Drußen vorzuladen, welche die vom türkischen Kommissarius gewünschte Drußliste aufstellen könnten; diese 16, also nicht die Prälaturen selbst, hätten dann 4600 und später 1200 Drußen als die Meistgravirten denunziert, aber keineswegs dessen Hinrichtung gefordert, sondern das Strafmach der türkischen Justiz anbergefeitelt. Uebrigens, bemerkten die Bischöfe auch, sei die Auswahl der 4600 nicht (wie das Protokoll ausdrücklich sagt) aus den 8000 Mannbaren, welche das Drußvölk zählt, sondern aus 30,000 Drußen und Mutualis, welche an den Kämpfen Theil genommen, getroffen worden. Schließlich bitten die Bischöfe um Veröffentlichung dieser Erklärung, damit das Interesse, welches die zivilisierte Welt an den syrischen Christen nimmt, nicht durchgeht.

— [Gesetzentwurf wegen Getreideeinfuhr.] An Stelle der bisher gültig gewesenen beweglichen Skala soll künftig ein Eingangszoll auf Getreide, Mehl usw. treten. Der darauf bezügliche Gesetzentwurf ist der Legislativere bereits zugegangen. Danach würden Weizen, Spelt und Mangkorn je resp. 1½ Fr. in Mehl zu verzollen sein. Der geringere Satz kommt französischen Schiffen und der direkten Landzufuhr aus dem Produktionslande zu Gute. Roggen, Mais, Gerste, Buchweizen, Hafer, Dürregräser, Kastanien, wilde Kastanien, gerollte und geschälte Körner, Vogelsamen, Hirse, Weizen werden auf französischen Schiffen frei eingeführt und zahlen auf ausländischen Schiffen und auf dem Landwege per 100 Kilo in Körnern und mit Mehlgestalt 1 Fr. Eingang. Reis bezahlt per 100 Kilo in französischen Schiffen 50 Cent in französischen Schiffen, die nicht aus dem Produktionslande importiert, und in ausländischen Schiffen 2 Fr. auf dem Landwege aus anderwärts 2 Fr. Grüze und Bodenmehl einheimischer Art auf französischen Schiffen und auf dem Landwege aus europäischen Produktionsländern 75 Cent, auf ausländischen Schiffen nicht direkt aus dem Produktionslande per 100 Kilo 1 Fr. 75 Cent. Safo, Salep und außereuropäischen Bodenmehl auf französischen Schiffen aus außereuropäischen Ländern 75 Cent, auf ausländischen Schiffen aus dem Landwege aus europäischen Produktionsländern 50 Cent, so wie auf dem Landwege aus europäischen Produktionsländern 75 Cent, auf ausländischen Schiffen nicht direkt aus dem Produktionslande 5 Fr. auf ausländischen Schiffen nicht direkt aus dem Produktionslande 7 Fr. Alle vorstehend aufgeführten Nahrungsstoffe, so wie die Kartoffeln sind durch Art. 2 des Entwurfs von jeder Ausfuhrsteuer befreit. Laut Art. 3 darf das aus dem Auslande ankommende Getreide und Mehl in fiktives Entrepot genommen werden.

Niederlande.

Haag, 30. März. [Ausrottung der Seeräuber auf Sailoës] Zwei niederländische Kriegsschiffe haben den Seeräubern in indischen Archipel eine nachhaltige Niederlage beigebracht. Das Niederländische auf der Insel Sailoës ist vollständig ausgerottet, und Niemand ist entkommen. Die Seeräuber vertheidigten sich hartnäckig, so daß auf Seiten der Holländer 13 Mann ge-

tötet und 25 verwundet wurden; dagegen fielen zum Schlusse vier Häftlinge und ungefähr 130 Menschen, Männer, Frauen und Slaven, in unsere Hände. (S. 3)

Schweiz.

Bern, 30. März. [Zur französisch-italienischen Politik.] Der Pariser Korrespondent des „Bund“ schreibt: „Die Situation verschlimmert sich täglich. Doch sind mehr als Gerüchte hierüber nicht zu erfahren. Am gerähesten ist es, sich allerlei auf irgend eine große Überraschung gesetzt zu machen. Irgend ein gewaltiger Koup kann nicht lange ausbleiben. Auch in Frankreich muß diesmal die öffentliche Meinung durch Überrumpelung in den Kriegslärm hineingezogen werden; denn gewinnen läßt sie sich für den Krieg und die Spectakelpolitik nicht leicht mehr.“ — Der Pariser Korrespondent des „Gensee Journ.“ spricht sich sehr bestimmt über die Opfer aus, um deren Preis Frankreich die Annexion Romas und Venetias gestatten würde; der Kaiser verlangt nämlich nichts Geringeres, als: 1) die Abtretung der ligurischen Küste, und 2) eine Offensiv- und Defensivallianz für den Fall eines französischen Feldzuges an den Rhein. Victor Emanuel soll jedoch diesem Anstossen ein ganz entschiedenes Nein entgegengestellt, und dieser Widerstand soll den Kaiser in hohem Grad erbittert und eine ungünstige Wendung der französischen Politik für Italien bewirkt haben.

Italien.

Turin, 28. März. [Ueber die Zustände im Neapolitanischen] schreibt der hiesige Korrespondent der „S. 3.“: Ich habe heute eine politische Persönlichkeit gesprochen, welche eben aus Neapel kommt. Dieser Herr ist kein Italiener und sieht die Dinge dort mit unparteiischem Auge an. Er schildert in Übereinstimmung mit anderen Berichterstattungen die Verwaltung Süditaliens als eine fehlerhafte, die leider nur zu viel zu wünschen übrig lasse; die Bevölkerung von Neapel sei aber im Allgemeinen nicht unzufrieden; es fehle dort weder an Geld noch an Arbeit, was sich durch den Umstand erklärt, daß von den 100,000 Neapolitanern, welche unter Ferdinand II. und Franz II. internirt waren, die Mehrzahl die Provinz verlassen hat und nach Neapel zurückgekehrt ist. So finden die Arbeiter, trotz dem Schmollen eines großen Theiles des hohen Adels, Beschäftigung. Die Klagen gegen die Verwaltung treffen nicht die Sardinier, denn mit Ausnahme von Nigra und dem Prinzen Cartignan ist kein sardinischer Beamter im Lande. Die Truppen, deren Disziplin als eine ganz musterhafte geschildert wird, gehören der Lombardie an, und der gewöhnliche Überwachungsdienst der öffentlichen Sicherheit wird von den Nationalgarden mit anerkennenswerter Bereitwilligkeit und Ergebenheit vorsorgt. „Im Gange“, ich führe die Worte meines Gewährsmannes an, „ist man hier mit der Veränderung wohl zufrieden, und Niemand möchte die Vergangenheit dagegen eintauschen. Aber die Unehrllichkeit der Verwaltung ist eine Gefahr, und es ist schwer abzusehen, wie die Zentralregierung den Missbräuchen steuern kann. Die neapolitanischen Beamten nach dem Norden zu berufen, und von hier welche nach dem Süden zu schicken, wird wohl das einzige Mittel sein — et encore!“

[Tagesnotizen.] Die „Italia“ meldet, daß die französische Gesandtschaft fortwährt, die jetzt von den „italienischen“ Behörden für das Königreich Italien“ ausgestellten Pässe zu visieren. — Die „Gazzetta Uffiziale d’Italia“ bringt ein Dekret für die Statthalterei in Neapel, wodurch die süd-italienischen Provinzen in vier Departements eingeteilt werden. — In einer Korrespondenz des „Corr. Merc.“ aus Modena, 23. März, werden bittere Klagen gegen den Generalintendanten Conte Ranuzzi (aus Bologna) ausgetragen, dessen Entfernung von der öffentlichen Meinung einstimmig gewünscht werde. Der Herr Generalintendant ist unter Anderem schon ein halbes Jahr nicht mehr in seinem Bureau erschienen, und die ganze Verwaltung befindet sich in der läufigsten Unordnung. — Dem Reuter’schen Bureau zufolge haben die im Auslande befindlichen Generalstabsoffiziere Garibaldi’s die Weisung erhalten, sich am 6. April in Brescia einzufinden, um dort an einer Konferenz teilzunehmen. — Die „Piseveranga“ meldet, daß in Walsch-Tirol am 14. März überall Victor Emanuel’s Geburtstag festlich begangen wurde, daß im Trentinischen die italienische Partei bei den Gemeindewahlen fast ihre sämtlichen Kantablen gewonnen habe. — Unter den Passagieren, die mit dem „Ecole“ zu Grunde gingen, befand sich auch der Oberstlieutenant Nieuvo, der sämtliche Rechnungen der Garibaldischen Intendantur für die Zeit vom 2. Juni bis zum 31. Dezember 1860 bei sich hatte.

Turin, 31. März. [Teleg.r.] Der „Opinione“ zufolge hätte die Königin Victoria dem Marchese d’Azzeglio erklären lassen, daß sie ihn als Minister des Königs von Italien empfangen wolle. Die Schweiz hätte dasselbe erklärt.

Turin, 1. April. [Teleg.r.] Die „Gazzetta d’Italia“ weist auf ein in der Romagna und in Modena entdecktes Komplott hin, an welchem die verabschiedeten Freiwilligen der Südarmee sich beteiligt haben, und meint, das Komplott habe einen Kampf mit den Österreichern herbeiführen wollen; die Regierung habe ihre Maßregeln genommen.

Rom, 21. März. [Muratistische Umtriebe.] Der „Gazzetta di Venezia“ wird von hier geschrieben, daß daselbst Täufende von muratistischen Proklamen eintrafen, die für Neapel bestimmt waren. Die Zollbehörden nahmen viele in Besitz. Prinz Murat macht darin den Neapolitanern glänzende Versprechungen und will namentlich der Kirche allen möglichen Schutz verleihen.

Die Ereignisse im Kirchenstaat und in Neapel.

Dem „Monde“ wird aus Rom vom 23. März geschrieben: Von 800 Juaven haben 30 von dem in dem Lagesbefehl des Ministers enthaltenen Rechte Gebrauch gemacht und ihren Abschied genommen. Dieses Recht erstreckte sich auch auf die Deutschen, und von 233 derselben sind nur 13 geblieben, die übrigen sind auf einem von der päpstlichen Regierung besonders gemielten Fahrzeuge nach Triest gebracht worden.

Aus Palermo meldet das Amtsblatt der Statthalterei, daß zur Herstellung der Ruhe Truppen nach Palmanova geschickt wurden. Die Brigade Pistoja wurde nach Messina beordert. Daselbe Amtsblatt meldet, daß die Statthalterei energische Maßregeln gegen die Partei des Widerstandes in der Gemeinde Rendazzo, welche Dominialgüter unter sich zu vertheilen gewagt hatte, ergreifen werde.

Spanien.

Madrid, 27. März. [Kammerdebatten; aus Kubá und Veracruz.] Man meldet, daß, wenn Rios Rosas in der

Kammer über die innere Politik des Kabinetts eine Debatte beginnen sollte, die ministeriellen Redner auf ein entscheidendes Votum über diese Angelegenheit dringen würden. — Nachrichten aus Kuba vom 6. März melden, die Ernte sei sehr schlecht ausgefallen; man geht damit um, die Zölle auf Mehl herabzusetzen. In Veracruz ist die Anarchie allgemein. Der Gouverneur hat die Initiative des Aufstandes gegen die Regierung ergriffen.

Madrid, 29. März. [Aus Mexiko; freie Regierung nach Kuba.] Die „Correspondencia“ meldet: „Herr v. Saligny, französischer Gesandter in Mexiko, hat die Regierung vom Suárez noch nicht anerkannt; er hatte ihm selbst gedroht, seine Pässe zu verlangen, wenn er nicht das Dekret zurücknehme, kraft dessen er das Recht beansprucht, über Güter der barmherzigen Schwestern zu verfügen. Dieselben stehen als spanische Landesangehörige seit der Abreise des Herrn Pacheco unter französischem Schutz. Man fügte bei, daß, wenn Suárez sich weigern sollte, Herr v. Saligny entschlossen sei, die barmherzigen Schwestern mit sich an Bord des zu „Sacrificios“ stationierten französischen Kriegsschiffes zu nehmen und dann, wenn ihm keine schleunige Genugthuung zu Theil werde, Vera Cruz bombardiren zu lassen.“ — Die Regierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher die Einwanderung von 60,000 „freien Afrikanern“ begünstigt. Die Obrigkeit der Havannah ist diesem Vorhaben günstig.

Madrid, 31. März. [Teleg.r.] Vom Riff wird gemeldet, daß drei Kabylas rebelliert haben und die Steuerzahlung verweigern. — In Portugal haben unter dem Vorzeichen, die Steuern seien zu ungleich verteilt, Aufstände stattgefunden.

Portugal.

Lissabon, 27. März. [Das Ministerium Loulé] wird die Leitung der Angelegenheiten behalten. Die Deputirtenkammer ist aufgelöst worden.

Rußland und Polen.

Petersburg, 23. März. [Die Bauernemanzipation.] Es ist schon erwähnt worden, was das allgemeine Statut über die persönlichen und Vermögensrechte der Bauern bestimmt. Eines der Spezialstatuten, welches den Titel führt: „Reglement über die Ordnung der Ausführung der Bestimmungen über die aus der Leibeigenschaft getretenen Bauern“ enthält hierzu noch sehr wichtige Ergänzungen, indem daraus hervorgeht, daß schon gegenwärtig die Verpflichtungen der Bauern sehr bedeutend erleichtert werden. Es hören nämlich hierauf sofort auf: 1) die Uebertragung und Abtretung der persönlichen Rechte an Bauern von den jetzigen Besitzern an andere Personen, unter welcher Gestalt es sei; 2) die Uebersiedlung der Bauern von einem Orte zum andern (erstere auf Grund der in den Ortsstatuten festgestellten Regeln); 3) die Abgabe der Bauern und Hofsleute von den Besitzern an andere Leute zum Dienst oder zu Arbeiten, und die Abgabe ihrer Kinder zur Erziehung eines Handwerks, ohne Zustimmung der Eltern; 4) die Abstellung von Bauern oder Hofsleuten, ohne Entscheidung der betreffenden Instanz, in Korrektionshäuser oder zur Verfügung der Regierung. (Bisher konnte nämlich der Gutsbesitzer ohne Weiteres einen Leibeigenen, mit dem er unzufrieden war, der Regierung übergeben, die ihn in die Armee stellte.) Ferner bleibt zwar der Obrok (die Geldabgabe) vorläufig unverändert bestehen, aber die Frohnarbeit wird erleichtert. Alle Additionalabgaben und Abgaben von ländlichen Produkten, die in wunderbarer Mannigfaltigkeit üblich waren (so giebt es Abgaben von Hammeln, Geißel, Büttler, Eier, Beeren, Pilzen, Leinwand, Garn, Tuch u. s. w.), sind außerdem aufgehoben. Hinsichtlich der Frohnarbeit sind die Bestimmungen nach den verschiedenen Gouvernements verschieden, indessen wird im Allgemeinen ungeschriften der Satz festgehalten, daß das Maximum der Frohnarbeit für Frauen nicht mehr als zwei, für Männer nicht mehr als drei Tage in der Woche betragen soll. Auch die Verpflichtung der Bauern zum Transport der landwirtschaftlichen Produkte des Herrn wird etwas eingeschränkt; daß sie aber immer noch schwer genug sind, kann man z. B. daraus ersehen, daß das Maximum der Entfernung, für die sie in Anspruch genommen werden können, immer noch 150 Werst (über 20 Meilen) ist. Das Strafrecht über die Bauern bleibt dem Gutsbesitzer; körperliche Züchtigungen dürfen aber nicht anders, als durch die Polizei vollstreckt werden. Man muß gestehen, daß dies Alles schon sehr bedeutende Erleichterungen für die Leibeigenen sind. Es sind übrigens außer den am 18. und 19. veröffentlichten, heute schon wieder eine Menge Erlasse, die alle auf die Emmanzipation Bezug haben, erschienen, darunter mehrere, welche Bestimmungen darüber treffen, daß den Kranbauern die Erleichterungen, welche die Bauern der Gutsbesitzer erhalten, insofern sie dieselben noch nicht haben, auch zu Gute kommen sollen, und einige Erlasse, welche die Zusammensetzung und die Befugnisse des neuen Komitees bestimmen, dessen Einsetzung zuerst in dem Schreiben des Kaisers an den Großfürsten Konstantin bekannt gemacht wurde. (Schl. 3.)

Petersburg, 2. April. [Telegramm.] In einem Birkare, welches der Minister des Auswärtigen, Fürst Gortschakoff, an die russischen Legationen im Auslande am 20. v. M. gerichtet hat, heißt es, Russland und Europa haben den Beweis, daß der Kaiser, fern davon, Reformen zu vermeiden, die Initiative für sie ergreift und sie mit Beharrlichkeit verfolgt. Der Kaiser will, daß das, was er willigt, Wahrheit werde, indem er für Polen den Weg des gegebenen Fortschritts öffnet. Warschau, 30. März. [Zur Bauernemanzipation.] Wie ernst es unserem Adel mit der Durchführung der Bauernemanzipation ist, zeigt folgendes neue Altenstück: Der landwirtschaftliche Verein im Königreich Polen an das geehrte Mitglied, den Korrespondenten des Bezirks Warschau, 27. März 1861. Die wichtigste Pflicht eines jeden sein Land liebenden Bürgers ist es, zur gegebenen Zeit die Bedürfnisse zu verstehen, denselben in seinem Wirkungskreise so rasch als möglich genug zu thun und darauf seine ganze Thätigkeit hinzulenken. Es unterliegt keinem Zweifel, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt die Lösung der Bauernfrage das erste Bedürfnis des Landes, die dringendste Aufgabe der Bürger, die unentbehrliche Grundlage jeder weiteren Organisation und sozialen Thätigkeit ist, und daß ohne die Lösung derselben sogar bei den reinsten und heilsten Absichten es eine Täuschung wäre, sich einzubilden, daß man irgend einen Schritt weiter vorwärts thun kann. Der Punkt, auf welchem sich die Lebensfrage im gegebenen Augenblick darstellt, ist erst das Maß für das Bürgergefühl in seinen heiligen Pflichten in Hinsicht des Landes und der niederen Schichten der Gesellschaft, das Maß der politischen Reife der Nation, das Maß endlich der Volkskraft und des Fortschrittes auf dem ökonomischen und sozialen Wege. Wenn das Vereinskomitee die Lösung der Bauernfrage so kräftig unterstützt, so thut es dies in der Überzeugung, daß die Regierung des Verhältnisses zu den Bauern in gegenwärtiger Zeit das wichtigste politische Verdienst ist, welches die Gesellschaft von ihrem Standpunkte aus dem Lande darbringen kann.

Allen sind die im vorigen und im laufenden Jahre gesetzten Beschlüsse der allgemeinen Versammlungen des landwirtschaftlichen Vereins bekannt. Die Gutsbesitzer haben einstimmig fundgethan, daß die rasche Eingriffnahme der Ordnung der bauerlichen Verhältnisse als Bürgerpflicht zu betrachten sei, daß die Gleichzeitigkeit der Anstrengungen und die Beschleunigung der Verzinsung ein Landesbedürfnis ist, daß die Erleichterung des Eigentumserwerbs durch die Bauern die endgültige Lösung der Bauernfrage ist. Damit jedoch die Kollektivbeschlüsse der Gutsbesitzerversammlung, welche für jeden das Land liebenden Bürger unzweifelhaft verbindliches Gesetz, durch Willen, Bedürfnis und Wünsche des ganzen Volkes geweiht sind, in der zweckentsprechendsten Weise in Ausführung gebracht werden, ist es unangänglich nötig, die Thätigkeit der Vereinsmitglieder in die Richtung der Bauernfrage in den einzelnen Bezirken zu konzentrieren, die guten Absichten der Grundbesitzer hervorzuheben, so wie auch den Umfang und die Art der aufstehenden Schwierigkeiten zu verifizieren und zugleich die Mittel zur Entfernung derselben zu überlegen. Zu diesem Zwecke hat es das Komitee für geeignet befunden, in Kraft des ihm durch das Dekret vom 24. Mai v. J. verliehenen Rechtes zu oben angegebener Thätigkeit in jedem Bezirk des landwirtschaftlichen Vereins eine zeitweilige Delegation zu bitten, bestehend aus dem Korrespondenten und zwei von letzterem nach Einvernehmen mit dem Komitee aus dem Kreise des Vereins bezeichneten, durch Verdienst und Einsicht das besondere Vertrauen des Bezirks gehabenden Mitglieder. Das Komitee hofft, daß diese zeitweiligen Delegationen in den Bezirken, deren Thätigkeit eine unverzüglich zu übersendende besondere Instruktion näher aufzuklären wird, dem Bezirk bedeutende und verschiedene Dienste leisten werde. Der geehrte Korrespondent des Bezirks möge so bald als möglich dem Komitee jene zwei Mitglieder bezeichnen, worauf das Komitee nicht verzehren wird, seitens dieser zu oben angegebener Thätigkeit einzuladen. Präses: Andreas Samowski. Mitgliedsekretär: Wlad. Garbinski.

Warschau, 31. März. [Die Ansprache des Fürsten-Stathalters; die Reformen; Personalien.] Die gestern telegraphisch gemeldete, vom heutigen Tage datirte Ansprache des Fürsten-Stathalters an die Einwohner des Königreichs lautet nach der „Schl. 3.“ wie folgt: „In Seiner unaushörlichen Sorgfalt für das Wohl der Völker, die von der Vorlehung Seinem Scepter anvertraut sind, beschent Se. Majestät der Kaiser und König Seine Unterthanen im Königreich Polen Allergnädigst mit Institutionen, deren Einführung der Volkswohlfahrt eine neue Entwicklung verleiht. Die Einwohner des Königreichs werden alle diese Gnadenerweisungen ihres Monarchen gehörig würdigen, dessen großmuthige Absichten durch die in Warschau vorgekommenen Unordnungen nicht aufgehalten werden sind. Die Treue Seiner Unterthanen des Königreichs kennend, hat Er dieselben von dem Häuflein schädlicher Menschen unterschieden, welche diese Unordnungen hervorgerufen haben. Alle Stände werden diesem Vertrauen Sr. k. k. Majestät durch aufrichtige Dankbarkeit und Erhaltung vollständiger Ruhe und Ordnung entsprechen. Und möge dieser festliche Tag ein neues Unterpfand der Wohlfahrt des Landes unter der weisen und großmuthigen Regierung des Kaisers und Königs Alexander II. sein.“ — Derselbe Zeitung wird folgender Auszug aus dem Protokoll des Staatssekretariats des Königreichs Polen mitgetheilt, welcher die unterm 27. d. pr. Telegramm aus Petersburg skizzirten Reformen (s. Nr. 75) enthält:

Von Gottes Gnaden Wir Alexander II., Kaiser und Selbstherreher aller Neuen, König von Polen, Großfürst von Finnland &c. &c. In beständiger Sorge um das Wohl Unserer Unterthanen des Königreichs Polen und in dem Verlangen, die Institutionen dieses Landes zu entwickeln und zu verbessern, haben Wir verordnet und verordnen: Art. 1. An Stelle der Allgemeinen Versammlung des Warschauer Departements des dirigirenden Senats wird der Staatsrat des Königreichs Polen wieder hergestellt. Art. 2. Im Staatsrat werden sitzen: 1) die Generaldirektoren der Regierungskommissionen und der präv. Generaldirektoren der Oberrechnungskammer, als Mitglieder des Rates von Amtswegen; 2) Mitglieder, welche durch Uns zum ständigen oder zeitweiligen Sitz in diesem Rathe aus dem Kreise der Bischöfe oder im Allgemeinen der höheren Geistlichkeit, nicht minder unter den Vorsitzenden der Behörden des landwirtschaftlichen Kreditvereins und den Präsidenten der Gubernialräthe berufen werden, sowie andere Personen nach Unserem Befinden. Zum Zwecke der zu gebenden Erläuterungen zu den dem Staatsrat zur Prüfung vorgelegten Gelehrtenwürken wird die Regierung Delegirte bestimmen. Art. 3. Zu den Attributen des Staatsrats gehören: 1) die Gegenstände, welche bisher der Erkenntniß der Allgemeinen Versammlung des Warschauer Departements des dirigirenden Senats unterlagen; 2) die Prüfung des Jahresbudgets der Einnahmen und Ausgaben des Königreichs; 3) die Prüfung der Rechenschaftsberichte der Vorfälle der verschiedenen Zweige der Administration über deren Thätigkeit in den ihnen anvertrauten Abtheilungen, so wie der Anzeigen des Generalkontrolleurs bezüglich der Revision der Rechnungen; 4) die Prüfung der Vorstellungen der Gubernialräthe über die Bedürfnisse und das Wohl der Gubernien; 5) die Prüfung der an den Rath gebrachten Bitten und Klagen wegen der Missbräuche von Beamten und Verlegung von Gesetzen durch dieselben. Art. 4. Im Staatsrat führt Unser Stathalter im Königreich den Vorsitz. Wenn der Stathalter abwesend ist, oder nicht persönlich im Rathe den Sitz einnehmen kann, präsidirt an seiner Stelle ein zu dieser Funktion von Uns besonders berufenes Mitglied des Rates. Art. 5. Es wird eine Regierungskommission der religiösen Bekennnisse und der öffentlichen Auklärung im Königreich Polen errichtet, unter dem Vorsitz eines Generaldirektors, welcher von Amtswegen Mitglied des Administrationsrates ist. Art. 6. Die Abteilung der geistlichen Angelegenheiten in der Regierungskommission des Januern, sammt den bei derselben befindlichen Dienstbeamtheitungen wird von dieser Kommission abgetrennt und in die Kommission der religiösen Bekennnisse und der öffentlichen Auklärung einverlebt. Art. 7. In jedem Gouvernium und in jedem Kreise des Königreichs werden besondere wählbare Gubernial- und Kreisräthe errichtet, unter dem Vorsitz von Personen, welche die Regierung unter den gewählten Mitgliedern dazu beruft. Art. 8. Gegenstände der Berathungen in den Gubernialräthen werden die Bedürfnisse und das Wohl des Gouverniums sein, namentlich die Entwicklung des Ackerbaues, der Landesindustrie und des Handels, die Land- und Wassercommunicationen, die Aufsicht über Arme, Spitäler, Wohlthätigkeitsanstalten, Gefängnisse, nicht minder über die Arbeiten zum öffentlichen Nutzen. Die Gubernialräthe können über dergleichen Bedürfnisse des Gouverniums Vorstellungen an die Regierung richten. Art. 9. Die Gubernialräthe werden einmal im Jahre berufen werden. Der Tag der Versammlung und die Zeittdauer der Berathungen wird im Berufungsrate bestimmt sein. Art. 10. Der Umfang des Anteils der Kreisräthe an den Interessen der Lokalregierung wird unverzüglich in einer besondern Verordnung bestimmt werden. Art. 11. Bei den Berathungen der Gubernial- und der Kreisräthe werden Regierungskommissare zugegen sein. Die Vorstellungen der Gubernialräthe werden dem Kommissar schriftlich übergeben. Art. 12. In Warschau und in den anderen bedeutenden Städten des Königreichs werden Municipalräthe errichtet, deren Mitglieder gewählt werden. Art. 13. Dem Municipalrat kommt zu die wirtschaftliche Verwaltung der Stadt, die Beratung und Vorlegung des Budgets derselben an die Regierung, die Ergriffenung von kompetenzmäßigen Mitteln zur inneren Ordnung der Stadt, die Aufsicht über die städtischen öffentlichen Anstalten, nicht minder die Prüfung aller auf ihre Anträge von den Staatsbehörden über sandten Angelegenheiten. Art. 14. Unser Stathalter im Königreich wird Uns Pläne zur Organisation und weiteren Entwicklung dieser bezeichneten Institutionen vorlegen. Art. 15. Die Ausführung dieser Uras, der in das Gehegeblatt aufgenommen ist, empfehlen Wir Unserem Stathalter im Königreich. Gegeben zu Petersburg, 14. (26.) März 1861. (Unterz.) Alexander. Durch den Rat und König der Minister Staats-Sekretär P. Lymowski.

Diese Verordnung hat der Staatssekretär Karnicki mitgebracht, der gestern (wie gemeldet) aus Petersburg hier eintraf. Auch General Chruloff ist gestern hier angelangt, derselbe, der sich im Krimkriege bei Eupatoria und vor Sebastopol auszeichnete. Über seine jetzige Mission hierher ist man noch nicht im Klaren, doch verspricht man sich nichts Förderliches, da er ein Mann von streng soldatischem Charakter sein soll. Die Verwendung von Militärs für die verschiedensten Missionen und Stellungen ist überhaupt russisches System, und in dieser Beziehung ist bis jetzt noch fast gar keine Änderung zu spüren. So ist an Stelle des Generals Abramowicz als Theater-

intendant wieder ein höherer Offizier ernannt worden, nämlich der Oberst v. Haufe, bisher Administrator der kaiserlichen Domänen-güter Lowicz und Skieriewice. Herr v. Haufe ist zwar als gebildeter und galanter Mann beliebt, ob er aber nach der langjährigen korrumptrenden Verwaltung des Theaters eine Anstalt, der hier mehr als irgendwo eine hohe nationale Bedeutung beizulegen ist, so zu heben und zu leiten im Stande ist, wie sie es verdient, müssen wir abwarten. — Der neue Kultusminister, Graf Wielopolski, hat die Purifikation seines Departements mit der Entlassung des älteren Zensors Jul. Hignet begonnen, dem gestern seine Dimission vom Statthalter ertheilt worden ist. — Aus der Zitadelle sind so eben wieder vier Gefangene entlassen worden und bleiben nun wegen politischen Anschuldigungen nur noch zwei in Gewahrsam, die bei den Mieroslawski'schen Umlieben stärker betheiligt sein sollen. — Ein charakteristisches Vorlommis zeichnete in vergangener Nacht die Feier der Auferstehung im katholischen Dome aus. Bissher war es Sitte, daß dem zelebrirenden Erzbischof hohe Beamte in voller Staatsuniform, mit Sternen und Dekorationen geschmückt, assistirten. Diesmal trugen den Baldachin über dem Haupte des Klerus Männer in einfacher schwarzer bürgerlicher Kleidung, an der Spize der „Graf Andreas“ (Zamoyski) und der Markgraf Wielopolski. Somit wäre auch hier das Monopol der Uniformen gebrochen und der Bürgerstand in seine vollen Rechte eingesezt.

* Warschau, 30. März. [Die Lage.] Der Inhalt des kaiserlichen Manifestes hat die täglich höher gespannten Erwartungen nicht befriedigt oder vielmehr die mit so geringer Mühe erlangten Erfolge und die Kopslosigkeit der Behörden reizen zu neuen Forderungen. Die Agitation hat freies Feld, und die Führer benutzen sie geschickt, um den alterschwachen Fürsten zu ängstigen und ihm eine Konzession nach der andern zu entreißen. Das Komitee des landwirtschaftlichen Zentralvereins hat die Regierungsgewalt tatsächlich an sich gerissen. Es hat sich bald nach dem Ausbruch der Bewegung in Permanenz erklärt und in allen Kreisen und den größeren Städten Nebenkomitees eingesetzt, denen es seine Aufträge zugehen läßt und von denen es Rapporte empfängt. Was jeder Verständige von vornherein erkannte, als dieser Verein sich bildete, ist früher und vollständiger eingetroffen, als selbst die Gingewihten erwarteten. Der Fürst ist in das ihm gestellte Garn gegangen und steckt so darin, daß er sich immer tiefer verwickelt. Das Komitee hat die Geschäfte gewandt vertheilt. Während scheinbar von selbst stets neue Schwierigkeiten austauchen, die Menge durch Gerüchte in Spannung gehalten, die Behörden durch widersprechende Nachrichten irrgelenkt werden, sind Graf Zamoyski und seine Freunde steis bei der Hand, die Vermittlerrolle zu übernehmen, und entwinden damit der Regierung den Rest von Autorität.

Muchanoff ist ein Mann von Geist und Energie; er war das bedeutendste Mitglied im Administrationsrath und sein Scharfsblick erkannte längst, auf welche schlüpfrige Bahn sich die kaiserliche Regierung begeben hatte, als sie um jeden Preis den polnischen Adel zu gewinnen trachtete. Als echter Russe, der auf sein Ziel direkt losging, wollte er nichts wissen vom Kokettiren mit den Gegnern, vom modernen Pan Slavismus, von dem Nachstoss französischer Regierungskünste. In der napoleonischen Schule haben die polnischen Magnaten, wie der Erfolg lehrt, mehr profitirt, als ihre russischen Kollegen. Deshalb war er der gefürchtetste Gegner, und daß er, vom Statthalter verleugnet, vom Pöbel insultirt, aus Warschau weichen mußte, das beweist, wie völlig zerrüttet die Regierung ist. Nur an Waffen fehlt es, um sie zum schimpflichsten Rückzuge zu nötigen. Uebrigens hat Muchanoff durch seine Heirath mit der jungen, schönen und reichen Wittwe des Grafen Lubinski un längst den besonderen Zorn der katholischen Aristokratie erregt. Die Heirath erregte im vorigen Jahre viel Aufsehen. Jetzt hat man die ersehnte Rache genommen und freut sich seiner Werke. Aber wie lange wird dies dauern?

A f r i k a.

Alexandrien, 14. März. [Rückkehr des Vizekönigs.] Der Vizekönig ist bei seiner Heimkehr von den heiligen Stätten in Kairo und hier mit großem Jubel empfangen worden. Alle Häuser waren geschmückt und erleuchtet. Auch in den Dörfern ist ihm ein begeistertes Empfang zu Theil geworden. Von Medina hat er den Groß-Scherif von Mecka mit hergebracht. Auch hat er 30,000 Beutel (1. Million Thaler) als rückständigen Sold an Truppen und Beamte auszahlen lassen.

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

— Der von der Regierung im Abgeordnetenhaus eingebrachte Gesetzentwurf zur Änderung der allgemeinen Gewerbeordnung ist von der Kommission mit wenigen Veränderungen zur Annahme empfohlen worden. Zunächst wird vorgeschlagen, den §. 58 der Gewerbeordnung ganz aufzuheben. Diese Bestimmung betrifft solche Gewerbe, deren Ausübung von der Gemeinschaft mit einer der christlichen Kirchen abhängt (Baufondiutoren, Feldmeister, Güterbestätiger, Weiser etc.). Die zweite Änderung besteht in dem Antrage, den §. 1 des Pregegesetzes und die sich daran knüpfenden §§. 2—4 ganz aufzuheben. Die beiden von der Regierung eingebrachten Novellen zur Gewerbegebung liegen jetzt gedruckt vor. Beide betreffen die ganze Monarchie mit Ausnahme der habsburgischen Lande. Der erste Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung gewerblicher Anlagen, umfaßt 15 Paragraphen. Wie bereits aus den Einführungsworten des Handelsministers bekannt, bekräftigt derselbe zu Gunsten der Gewerbebefreiheit den Kreis der Gewerbe Polizei, und zwar nach zwei Richtungen. Aus dem Berichtsnachtrag des §. 27 der Allg. Gewerbeordnung von 1845 über die konzessionsähnlichen gewerblichen Anlagen sind ausgeschieden: Brauereien, Bierbrauereien, Malzdarren, Zuckerfabriken, Spiegelglashütten, Kartoffelfärbefabriken, durch Wind bewegte Triebwerke und Metallgießereien, sofern sie bloße Tiegelgießereien sind; zugetreten sind: Anlagen zur Bereitung von Brauholz, sofern sie nicht am Orte der Gewinnung errichtet werden und Dachpappenfabriken. Andererseits ist bei dem Publikationsverfahren die Vorprüfung befehligt und die Fristen für Anmeldung der Einwendungen und für Einlegung des Rechtsmittels sind verkürzt. In ersterer Beziehung ist maßgebend gewesen, daß bei einzelnen Anlagen entweder die veränderte Art des Betriebes die frühere Gesetzlichkeit befehligt hat, oder daß den etwaigen Nachtheilen für die Nachbarn bereits in den bestehenden Polizeivorschriften ausreichend vorgeschenkt ist, oder daß die nötigen Schußvorrichtungen durch allgemeine Polizeibestimmungen geregelt werden können. — In Bezug auf das Publikationsverfahren hat die Klage anerkannt werden müssen über empfindlichen Zeitverlust und die beträchtliche Einbuße an Kapital- und Arbeitsgewinn; in der Regel vergehen nämlich zehn bis zwölf Wochen, ehe die Genehmigung in die Hände des Antragstellers gelangt, wenn nämlich Einwendungen nicht erhoben sind; werden aber Widersprüche angebracht, welche eine Instruktion und resolutiorische Entscheidung erfordern, so dauert die Sache sechs Monate, ja ein Jahr und darüber. Die Frist zu Einwendungen (nicht privatrechtlicher Natur) und ebenso die für den Reflus ist von vier Wochen auf vierzehn Tage verkürzt. Bei Änderungen in der Lage und Beschaffenheit der Betriebsstätte, durch welche deren konzessionsähnlicher Zustand in Betreff der mit dem Betriebe verbundenen Nebenstände nicht alterirt wird, soll den Bezirks-

regierungen die diskretionäre Gewalt eingeräumt werden, von der Einleitung des Publikationsverfahrens dispensiren zu dürfen; denn gerade bei solchen Aenderungen ist jeder Zeitverlust doppelt empfindlich. Bei Dampfesselanlagen wird das Publikationsverfahren aufgehoben, weil eine Reihe spezieller Polizeivorschriften besteht, welche die Einrichtung und den Betrieb der Dampfessel genau regeln, und weil die Schußvorrichtungen gegen Gefahr, welche darin angeordnet sind, auch den Besorgnissen begegnen, welche den Nachbarn Grund zu Einsprüchen geben können.

Die zweite Novelle umfaßt drei Artikel. Danach werden in der allgemeinen Gewerbeordnung von 1845 die §§. 18, 21, 22, 49, 57, 71—74, 172, 173, 174 und 176 in der Weise geändert, daß an ihre Stelle die neuen, mit denselben Nummern bezeichneten Paragraphen treten. Auch diese Novelle befehlt zu Gunsten der Gewerbefreiheit mehrere ältere Bestimmungen; sie läßt sich darin charakterisiren, daß in den betreffenden Beziehungen die bisherige „vormundshaftische Fürsorge in Privatangelegenheiten“ aufhören soll und der „Wachsamkeit des Einzelnen“ überlassen wird, sich selbst vor Gefahr zu schützen. Aus diesem Gesichtspunkte wird für Schlosser, Schleppulverläufer, Agenten von Versicherungsgesellschaften, Konzipienten, Vermiethier möblirer Zimmer, sowie Lohnlafaien und andere Personen, welche in Wirthshäusern ihre Dienste anbieten, die Konzessionspflichtigkeit aufgehoben; in den Motiven ist dabei unter anderem erwähnt, daß in Berlin während der 5 Jahre 1855—1859 und während der ersten zehn Monate des Jahres 1860 im Ganzen 16,546 Personen die Erlaubnis zum Vermieten von möblirten Zimmern und Schlafstellen nachgelegt haben, und daß, wenn die betreffende Vorschrift im ganzen Staate durchgeführt wäre, die Konzessionspflichtigkeit vielleicht über Hunderttausend hinausgehen würden. Die polizeilichen Repressionsmaßregeln bleiben natürlich bestehen. — Bei den im §. 49 bezeichneten Gewerbetreibenden (Verkäufern von Gütern, Kammerjägern, Pfandleihern, Trödern u. s. w.) ist die Konzession von ihrer Zuverlässigkeit in Beziehung auf den beaufsichtigten Gewerbebetrieb abhängig. — Für Ausländer soll zum Betrieb eines stehenden Gewerbes nur bei juristischen Personen die Erlaubnis der Ministerien fernerhin nötig sein; die Regierung findet in dieser Beziehung Repressionsmaßregeln nicht mehr nötig; die Überzeugung, daß die Regierungen durch Gewährung unbeschränkter Gegenseitigkeit auch den Interessen der eigenen Untertanen entgegenkommen, beginnt mehr und mehr durchzudringen; auch die Erfahrungen seit 1845 resp. 1849 sprechen dafür: Ausländer haben die Erlaubnis der Ministerien zum Betrieb eines stehenden Gewerbes in den Jahren 1845 bis 1848 nachgelegt 38, erhalten 32, nicht erhalten 6, in den Jahren 1849 bis 1859 waren die Zahlen resp. 64, 58, 6; ausländische Gewerbetreibende haben in denselben Zeiträumen die Naturalisation nachgelegt 55 resp. 556, erhalten 502 resp. 477, nicht erhalten 53 resp. 79; fast zwei Drittheile der Antragsteller gebürtige solchen Staaten an, in welchen, wie in Holland, Belgien, Frankreich und England, preußischen Unterthanen der Betrieb stehender Gewerbe ohne Beschränkung gestattet wird. — Die Bestimmung des §. 21 der Gewerbeordnung, wonach die wegen eines, von ehrloser Gewinnung zeugenden Verbrechens Verurtheilten für den Beginn eines jeden selbstständigen Gewerbebetriebes der besonderen Erlaubnis der Polizeibehörde des Orts bedürfen, kann ohne Gefahr aufgehoben werden. — Das Verfahren für die Rücknahme von Konzessionen, Appellationen und Bestallungen wird modifiziert: die Verwaltungsbehörden sollen in diesem Falle Zeugen mit der Wirkung vereidigen können, daß sie event. wegen Meinungsverschiedenheit zu belangen sind, und den Angeklagten sollen die Vortheile des mindlichen Verfahrens zu Theil werden; die Regierungen können auch von ihrer etwaigen Befugnis Gebrauch machen auf Ordnungsstrafen zu erkennen. — Gegen jeden Gewerbetreibenden, welcher wegen Verleugnung der den Betrieb seines Gewerbes betreffenden Vorschriften wiederholt rechtstrotzig verurtheilt ist, kann auf den Verlust der Befugnis zum selbstständigen Betrieb seines Gewerbes für immer oder auf Zeit erlassen werden; bei Zuchthausstrafe muß auf den Verlust für immer erlassen werden. — Der Beginn eines Gewerbes und die Übernahme einer Feuerversicherungsgesellschaft ohne Anmeldung, sowie das Aufgeben der letzteren ohne Abmeldung bleibt strafbar. — Für diejenigen Gewerbetreibenden, welche eine öffentliche Beamten ähnliche Stellung haben, treten mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und der gerichtlichen Unterlagung der Ausübung dieser Rechte die nämlichen Folgen ein, welche diesen Strafen in Beziehung auf öffentliche Beamten beigelegt sind; ebenso für solche Personen, denen der Gewerbebetrieb nur nach vorgängiger Prüfung ihrer Zuverlässigkeit gestattet wird. — Art. II. enthält hinsichtlich der Bestellung des Geistes etwa schwedende administrative Verfahren auf Konzessionsentziehung die Neuerungsbestimmung, daß das zur Zeit der Einsetzung geltend gewesene Verfahren Anwendung findet. — Art. III. bezeichnet die gesetzlichen Bestimmungen über den Handel mit Schießpulver, das Mobiliar-Feuerversicherungswesen, den Geschäftsverkehr der Versicherungsanstalten und den Handel mit Garnabfällen, welche in Folge des vorliegenden Gesetzwurfs außer Kraft treten.

— Dem fünften Bericht der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses entnehmen wir folgendes: Über eine Petition zu Gunsten der Veteranen aus den Freiheitskriegen wird Tagesordnung empfohlen mit Rücksicht auf den feststehenden Grundzog des Hauses, nur in ganz dringenden Fällen Erhöhung der Staatsausgaben zu beantragen und unter Darlegung dessen, was in den letzten Jahren für die Veteranen geleistet wurde; als besonders nachahmenswert wird dabei der Beschlus des letzten preußischen Provinziallandtages hervorgehoben, aus den Eträgen der Provinzial-Hülftsfäste zur Unterstützung der Veteranen jährlich etwa 12,000 Thlr. für die drei Jahre 1861—63 herzugeben. — Eine Beihilfe werde von 20 Gemeindemitgliedern aus Wilmersdorf über ihren Geistlichen, den Prediger Jung in Werneuchen, führt an, daß derselbe in einer Disziplinaruntersuchung (unter Anderem wegen des Verdachtes unsittlichen Lebenswandels) wegen mangelnden Beweises freigesprochen sei, die Staatsanwaltschaft aber zur Erhebung einer von ihm beantragten Anklage wegen Verleumdung keinen ausreichenden Grund gefunden habe; die Anfrage des Oberkirchenrats, „ob in Folge der Vorlommisse die Stellung des Predigers Jung als Geistlicher der Gemeinde Wilmersdorf unbalbar geworden sei“, hat das Konistorium der Provinz Brandenburg verneint. Die Kommission ist einstimmig in ihrem Entstaunen über eine solche Entscheidung, in ihrer Entrüstung über solche Zustände, einstimmig in dem Streben und Wunsche, der begründeten Beschwerde der Petenten gerecht zu werden; die Minorität der Kommission hat Überweifung an die Regierung zur Berücksichtigung gewollt, da der Artikel 15 der Verfassung über die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche noch nicht ausgeführt sei, wozu vielmehr erst eine selbständige Kirchenverfassung gehöre; die Majorität empfiehlt Tagesordnung, da der Artikel 15 thatsächlich in Kraft und Geltung getreten sei, so sehr es auch zu bestlagen sei, daß den Petenten von Staats wegen in ihrer Not nicht zu helfen sei, einen so geringen Trost auch die Hoffnung gebe, daß die kirchlichen Behörden dem schweren Gewicht der Gründe, welche für die Petenten sprächen, fernerhin sich nicht entziehen und einer Gemeinde, welche seit Jahren einer würdigen Seelsorge entbehrt, die Thür der evangelischen Kirche nicht endlich ganz verschließen werden. — Eine Petition um Wiedereinführung der geheimen Abstimmung bei den Landtagssitzungen beantragt die Kommission, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Die namentliche Abstimmung, führten die Petenten aus, vernichte die Wahlfreiheit und demokratische die berechtigten Ansprüche an die menschliche Natur, daß ein Wähler bereit sein solle, sich und seine Familie durch Ausübung einer politischen Rechte für eine bürgerliche Gesellschaft zu ruinieren, die weder geneigt, noch im Stande sei, Opfer zu ersezten. Männer von grohem Vermögen hätten oftmals ihre Meinung gewechselt, gegen ihre Überzeugung gehandelt, um einen Ministerposten nicht zu verlieren, und sicherlich wäre es nicht im gleichen Maße unsittlich, wenn die große Anzahl der Vermögenslosen in gleicher Weise handele, um ihr Brot nicht zu verlieren. Bei diesen verhandeln sich der Berrath an ihrer eigenen Überzeugung zu einer vermeintlichen Pflicht gegen ihre Nachbarn, die Sünde gegen die Gesellschaft zu einer vermeintlichen Tugend gegen ihre Familien.“ In den letzten beiden Jahren hat das Haus bei ähnlichen Anlässen Tagesordnung beschlossen, weil die öffentliche Abstimmung (deren Mängel und Bedenken anerkannt wurden) nur bei einer Gesamtumreform des Wahlgesetzes von 1849 entfernt werden könne. Die Kommission hält auch jetzt in ihrer Mehrheit den möglichst baldigen Erlass des verfassungsmäßigen Wahlgesetzes für ein dringendes Bedürfniß, während der Vertreter der Regierung das Vorhandensein der früheren Hindernisse gründlich hervor hob und das praktische Bedürfniß einer Änderung, namentlich nach der beantragten Weise hin, bestreiten mußte; außerdem meinte er eine Beseitigung mehrerer Mängel im Wahlreglement zur Verordnung vom 30. Mai 1849 verheißen zu können. Die Kommission überläßt die Initiative in dieser Sache der Regierung, erblift aber in der Überweisung der Petition ein Mittel, nicht nur die Zustimmung der Mehrheit des Hauses zur geheimen Abstimmung an den Tag zu legen, sondern auch die Regierung zur möglichst baldigen Vorlage des gewünschten Gesetzes zu veranlassen.“

Militärzeitung.
Ein schwedisches Urtheil über die vorjährigen Herbstmanöver des preußischen Garde- und III. Armeekorps.

Die „Allg. Mil. Blg.“ bringt aus dem schwedischen Ansichten, welche Urtheile eines schwedischen Offiziers über das preußische Militärwesen, welche der selbe während der vorjährigen Herbstmanöver des Garde- und III. Armeekorps sich zu bilden Gelegenheit gehabt hat. Diese Beurtheilung darf im Grunde für nichts weniger als günstig bezeichnet werden, sie erscheint in einzelnen Punkten sogar geradezu verleidig und voreingenommen; allein die sachverständige Grundlage kann ihjedenfalls nicht abgesprochen werden, und als Anlaß zur Selbstprüfung und Selbsterkennung verdient sie immerhin aufgeworfen und von den preußischen Militärs selber wieder gesichtet und beurtheilt zu werden. Zunächst rügt der schwedische Autor die preußische Kochweise im Bivouac, welche er im Allgemeinen als von nicht geringen Müßständen begleitet sieht. Es vergehen, sagt derselbe hierüber, 2—3 Stunden, bis der Mann nach seiner Ankunft im Bivouac seine Suppe gefehlt hat; bei der Reiterei noch mehr. Überdies ist die in so vielen kleinen Geschirren gekochte Suppe schlechter zubereitet, als wenn dies in einem großen Gefäß geschähe, wobei überdies nicht alle Leute zugleich zu ihm haben würden. Gegen die preußische Lagerordnung bemerkt derselbe, daß namentlich auf den Feldmärschen die Leute zu weit von ihren Mänteln entfernt liegen. Neben der Reiterei selbst äußert sich derselbe, daß mit den Patronen alz sehr gespart werde, er sagt: Man schreit bei den Manövern nur hier und da, um anzudeuten, daß man eine gute Feuerlinie habe. Daraus entsteht eine gewisse Schläfrigkeit bei den Gefechten, welche die Aufmerksamkeit und Lust des Soldaten an diesen Übungen eintritt. Der Infanterie fehlt es außerdem an hinreichender Übung im kleinen Krieg. Die Tiraillerketten bilden gewöhnlich geschlossene Linien, deren Aufgabe nur darin besteht, das Treffen einzubringen. Bei Offizieren und Mannschaften nur wenig zur Ausbildung des individuellen Scharfsinns und der Gewandtheit beiträgt. Da die Kompanien im Felde 250 Mann stark sind, so hat man sich genötigt gesehen, die Kompanie-Kommandanten beritten zu machen, um bei Detachirungen ihre Abtheilungen besser leiten zu können. Außer der Vermehrung an Pferden und Futterbedarf hat diese Einführung übrigens noch einen weiteren Nutzen. Bei der Kavallerie gegen die Infanteriebataillone jene strenge und wohl etwas übertriebene Genauigkeit, welche die preußische Armee charakterisiert. Dagegen legten die Führer weit weniger Wert auf mehrere weit wichtige Dinge. So schossen die Leute viel zu hoch. Beim Bayonettenangriff wurde zwar tüchtig geschrieen, aber die Koldendummung nicht an die Hüfte gedrückt, sondern das Gewehr ganz lose in der Hand gehalten. Beim Tiraillieren wurden die wenigen Terrainhindernisse, die zu haben waren, selten benutzt. Ein zu weit gewanderter Ordnungstypus während der Manöver scheint mir überdies die Truppen so hieran zu gewöhnen, daß, wenn die Ordnung im Felde aus einer oder der anderen Ursache einmal verrückt wird, zu befürchten steht, die Truppe werde dann gleichzeitig vorspielen geben. Endlich bemerkte ich, daß während des Gefechts und um bei der rückgangigen Bewegung dieselbe Ordnung und Richtung beibehalten zu können, die höheren Führer, ohne daß die Umstände dazu drängten, eine gute Stellung schon aufzufinden, sobald der Feind sich nur zum Angriff anschickte. Diese Art der Gefechtführung scheint mir nicht vortheilhaft auf den Geist der weichenden Truppen einzutragen. Bei den Friedensübungen gewöhnt, so leicht auch zu ziehen, könnten sie leicht auch im Felde diese üble Gewohnheit beibehalten. Alles kommt gerade umgedreht darauf an, daß die Soldaten bei dem gemeinen Mann zu stählen und zu stärken, und daß der Soldat nach seiner Art sich für unüberwindlich und einen Rückzug für unentkennbar halte. Was die preußische Reiterei betrifft, so zeichnet sie sich durch große und schöne Pferde und im Allgemeinen durch ein treffliches Material aus. Die Reiter stehen dagegen unbedenklich den schwedischen weit nach, ihrem Choc fehlt es an Schnelligkeit und Energie, auch zeigt der schwedische Reiter nicht soviel Verstand wie der preußische. Nach dem Angriff steht man gewöhnlich einige Leute von jeder Schwadron am Boden liegen. Dieses Mißverhältnis zwischen Personal und Material dürfte einzig der kurzen Zeit zugeschrieben werden, welche der Reiter bei der Fahne zu bringen. Nach 3 Jahren wird er beaufwacht; zwei Drittheile der Mannschaft sind ein bis zweijährige Recruten, so daß es ihnen an Erfahrung, Kraft und Geschicklichkeit fehlt, um sich ihrer Pferde mit Vortheil bedienen zu können. Der einzige Vortheil dieses beständigen Wechsels der Mannschaft möchte allenfalls darin liegen, daß die preußischen Offiziere durch zu guten Instruktoren werden. Ein durchaus abspurendes Urtheil über die preußische Landwehr schließt sich dem noch an; da jedoch bei den erwähnten Manövern der Autor nicht Gelegenheit hatte, dieselbe durch den Augenblick zu beobachten, so stützt sich das nur auf Hörensagen und eigene Schlüfffolgerung und möchte darum nur geringe Bedeutung verdienen.

[Vorschlag zu einem Quarre, Massen- und Kolonnenbrecher.] Anschließend an die neuerrichteten läuferischen Schiffe und die mit Eisen gepanzerten Wälle bringt die österreichische „Milit. Zeit.“ jetzt einen „A. M. unterzeichneten, weitläufig ausgeführten Vorschlag zu einem Quarre-, Massen- und Kolonnenbrecher. Die dem zu Grunde liegende Idee ist 4 bis 6 paarweise zusammengebundene Pferde, welche in eigens konstruierten und an den Sätteln befestigten Gabeln einen gegen Musketenmunition undurchdringlichen Eisenpanzer vor sich hertragen sollen, der auf die feindliche Infanterie ansprechenden Panzerleiere vorauft in die Massen jener einbrechen zu lassen. Je immer zwei Pferde sollen dabei von einem gleicherweise in voller, schwefelter Rüstung gehabt werden. Reiter gelenkt werden, und um die Wirkung zu verstärken, ist die Pferde nach dem Einbrechen in das feindliche Quarre zugleich beauftragt, eine gefüllte Glaskugel unter die Feinde zu werfen. Auch soll zu demselben Behufe der Panzerklingen befehlt werden. Die hier ausgesprochene Idee ist allerdings wenig durchdacht und noch halb lächerlich; denn die Panzerpferde dürfen leichtlich denen, welche sie anwenden wollen, weit gefährlicher als deren Gegner werden. Auch ist der Gedanke selbst kaum als neu zu bezeichnen, denn die Schildwagen der Alten, deren Pferde und Reiter ebenfalls so weit möglich durch Panzer geschützt waren, hatten genau dieselbe Bestimmung und unterschieden sich kaum in etwas von diesem neuen Vorschlag, es wäre denn, daß sie am Ende doch noch leichter ist als der hier ins Auge gefassten Pferdeparade zu handhaben waren. Indes ist aber ein ernster Vorschlag, und es müßte wunderlich kommen, wenn in unserer erfundengreichen Zeit nicht auch noch die Dampfmaschine für die mit ihr Anwendung auf das Schlachtfeld oder als Wall- und Mauerbrecher finden sollte. Eine solche unempfindliche, weder dem Willen noch Intinkt von Menschen und Thier unterworfen Maschine möchte unter sonst günstigen Umständen wohl auf eine ihrer ungünstigen Stunde in den Weg tretende Kolonne eine schlimme Wirkung ausüben. Vielleicht daß der große Erfinder auf militärischem Gebiete Napoleon III., bereits damit beschäftigt ist, uns Deutschen gelegentlich mit dem Auftreten eines derartigen Ungethums eine der von ihm so sehr beliebten kleinen Überraschungen zu bereiten.

[Aus dem englischen Kriege in Indien 1858.] In dem „Magazin für die Literatur des Auslandes“ findet sich aus Russells „Diary“ über den indischen Krieg von 1858 ein Fall von Misshandlung eines Gefangenen erzählt, wie die blutigsten und schrecklichsten Vorgänge des Hüssiten- und dreißigjährigen Krieges kaum etwas ähnliches aufzuweisen im Stande sein möchten. Der Tschukterwallah-Kothe, erzählt der englische Berichterstatter in seiner Ausführung der Erfürmung von Lucknow, ist, oder war vielmehr, ein großes, gelb

Ruinen. Einige Sepoys lebten noch. Man schlug sie tot, das war Gnade; aber einer der Unglücklichen, der sich besonders tapfer vertheidigt hatte, ward an den Beinen aus dem Schutze hervorgezogen; man schlepp't ihn auf dem Sande bis zu einem für das Vornehmen geeigneten Orte, das sich vorbereite; dort hielten ihn einige seiner Hinter und Andere durchstachen ihm den Leib über und über mit ihren Bayonetten, während noch Andere mit großer Mühe einige Stücke Zimmerholz sammelten, aus denen sie eine Art Schreiterbauen machten. Als alles fertig war, wurde der Mensch lebendig verbrannt. . . Mehr als ein Engländer wohnte dieser scheußlichen Scene bei; mehr als ein Offizier war Zeuge davon; Keiner schrie ein. Ein unvorhergesehener Zwischenfall sollte diese wahrhaft hässliche Grausamkeit noch gräßlicher machen; es war der Versuch, welchen der halbverbrannte Unglückliche machte, sich der ihm angehannten Dual zu entziehen. Durch eine plötzliche Anstrengung sprang er aus dem Feuer heraus, und brennendes Fleisch hinter sich her schleppend, konnte er noch einige Schritte von dort entfliehen; aber man ergiff ihn von Neuem, von Neuem wurde er auf sein Flammenbett geworfen, wo man ihn mit den Bayonettspitzen so lange festhielt, bis der Tod ihn zu erlösen kam. — Ich werde nie — sagte mir der Freund, welcher mir diese furchtbare Scene erzählte — ich werde nie das Heulen dieses Menschen vergessen und das entsetzliche Bild seiner Peinigung wird mich bis zu meiner letzten Stunde begleiten. — Und Sie haben nicht versucht, einzuschreiten? — Ich habe es nicht gewagt. Die Söhne waren rauend. Sie rächen den Tod Anderjons, und unsere Leute, statt sie zurückzuhalten, munterten sie auf. Unmöglich etwas zu thun. . .

— p.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 3. April. [Jahrmärkte verlegt.] Die in den Städten Buk und Rostarzewo am 8. d. Mts. anberaumten Jahrmärkte sind für Buk auf den 22. und 23. d. Mts. und für Rostarzewo auf den 15. d. Mts. verlegt.

— [Kath. Pfarrstellen.] Die kath. Pfarrstelle in Świątkow (Kr. Wongrowitz) ist dem Kommandarius Paluszki aus Berniki, die kath. Pfarrstelle in Izbewno (Kr. Mogilno) dem bisherigen Kommandarius in Chojna und künftigen Kommandarius in Cerekwica, Geistlichen Symanski, die kath. Pfarrstelle in Cerekwica (Kr. Wongrowitz) dem Kommandarius Symanski aus Chojna, die kath. Pfarrstelle in Chojna (Kr. Wongrowitz), nachdem der bisherige Kommandarius Symanski von dort versetzt worden, dem Dekan Sucharski, die erledigte kath. Pfarrstelle in Ełkno (Kr. Wongrowitz) dem Kommandarius Dekan Slowinski aus Blocisewo, die kath. Pfarrstelle in Barcin (Kr. Szubin), welche bisher von dem Pfarrverweser in Lubelschin verwaltet wurde, dem Dekan und Probst Klapp in Mogilno, die durch den Tod des Pfarrers Golcz erledigte kath. Pfarrstelle in Kożlewo (Kr. Wongrowitz) dem Dekan Danielski aus Cerekwica, und die erledigte kath. Pfarrstelle in Modliewo (Kr. Gusew) dem bisherigen Vikar Walkowiak aus Trzemejno zur kommandarischen Verwaltung übertragen worden.

— [Sperr- Aufhebung.] Der Milzbrand unter dem Kindvieh in Brzesz, (Kr. Inowraclaw) ist erlochen und die Sperrung dieses Orts aufgehoben. — [Freigabe.] Das hiesige k. Kreisgericht hat durch Beschluss vom 30. März für die Freigabe der Nr. 75 des „Ozienit“ entschieden, weil es in dem Leitartikel, der über den s. g. Sprachentstreit handelte, eine Gefährdung des öffentlichen Friedens oder eine Aufreizung der verschiedenen Klassen der Bevölkerung zu Hass und Zwietracht gegen einander nicht erblickte. Dieser Ansicht wird man insofern beipflichten, als in polnischen Zeitschriften und Broschüren seit zwei Jahren Vieles zu Tage gefördert ist, dem ein solcher Vorwurf wohl mit noch größerem Rechte gemacht werden könnte. Es ist hier wie anderwärts ergangen. Man hat sich allmälig an die hochtonenden Phrasen gewöhnt und achtet nicht sonderlich darauf. Je stärker die Dosis, desto eher stumpft die Wirkung sich ab. Auswärtige, die unsere polnische Lagesliteratur durchblättern, können glauben, daß wir am Vorabende einer Revolution ständen. Wenn man im Hause des Abgeordneten und in den übrigen Provinzen Deutschlands endlich ebenfalls gelernt haben wird, was es mit diesem, dem nüchternen Deutschen ungewohnten Wortgepränge für eine Bewandtniß hat, und wenn endlich auch unsere polnischen Wortsührer einsehen werden, daß sich damit die Ruhigen

und Besonnenden nicht mehr fangen lassen, so steht zu hoffen, daß wir damit wieder eine unserer politischen Entwicklungskrankheiten überstanden haben, wenn auch andererseits durchaus nicht gelegnet werden kann, daß diese fortwährenden Versuche zur Aufstellung politischer Leidenschaften doch auch ihre bedenkliche Seite haben.

R — [Die Zahl der Freunde der Homöopathie] ist auch bei uns in stetiger Zunahme begriffen. Es ist das eine Sache persönlichen Vertrauens und individueller Überzeugung, bei welcher der Einzelne mit Recht allein gehört zu werden verlangen darf, da vorkommendenfalls sein eigenes Selbst es ist, das bei der Frage nach der Heilmethode in unmittelbarste Berührung gezogen wird. Je mehr aber die homöopathische Heilmethode an Ausdehnung im Publikum gewinnt, um so nothwendiger wird es auch, dafür Sorge zu tragen, daß die betreffenden Heilmittel möglichst leicht und umfangreich zugänglich gemacht werden. Die größere Zahl der hiesigen Apotheken führt unseres Wissens seit längerer Zeit auch schon wenigstens die gebräuchlichsten homöopathischen Arzneien. Neuerdings hat aber der hiesige Apotheker L. Jonass (Breslauerstraße) eine ganz auch dem Lokal nach gesonderte homöopathische Apotheke eingerichtet, bei welcher jede, oft für die betreffenden Medikamente nachtheilige Verführung mit allopathischen Arzneien streng nach jeder Seite hin ausgeschlossen ist und die durch Reichhaltigkeit, sorgfältige Behandlung und zweckmäßiges Arrangement allen Ansprüchen entgegenkommt, zumal sie ihre Grund- und Urstoffe aus den wohlrenommiertesten Quellen bezieht. Wir glauben kaum, daß man dort eins der betreffenden Arzneimittel, deren Lösungen und Verreibungen je nach Vorschrift natürlich stets binnen kurzer Zeit herzustellen sind, vergeblich suchen werde.

— [Trottoirs.] Der alte Markt erhält jetzt auch an den beiden anderen Seiten eine doppelte Trottoireihe, so daß die Grünbahn künstig dort 8 Fuß Breite hat, was für den dortigen lebhaften Verkehr kein überflüssiger Luxus ist. Die dortigen Haussägemühler erwerben sich mit dieser wesentlichen Verbesserung einen neuen gerechten Anspruch auf den Dank ihrer Mitbürger. Die Trockenheit und Sauberkeit der Bürgersteige würde übrigens noch erheblich gewinnen, wenn die Hausbesitzer sich entschließen möchten, auch den Zwischenraum zwischen dem jetzigen Trottoir und der Haussplinte mit Granitplatten auszufüllen zu lassen. Auch die Häuser würden dadurch vor Nässe vorzüglich geschützt sein. Regen und Tiefwasser dringt jetzt zwischen den runden Pflastersteinen ungehindert zu den Fundamenten und durchnäht die Mauern des Erdgeschosses, während die losgespülte Erde auf den Trottoirs bei jedem Wetter jener häßlichen Schmutz bildet, der nur durch beständiges Fegen sich fort schaffen läßt. Auch in anderen Straßen werden Trottoirs gelegt, so am Eingang der Büttelstraße vor den Häusern der Herren Danziger und Goldenring, wo sie bisher sehr vermehrt wurden. Das große Eckhaus am Neustädtschenmarkt, das unlängst in den Besitz des Majors v. Nägelein übergegangen ist, erhält an beiden Seiten eine Granitbahn, die Herr Kronthal bis zur Königsstraße fortsetzt. Die umgeänderten Gartenanlagen auf diesem Platze tragen ebenfalls dazu bei, demselben ein verjüngtes Ansehen zu verleihen.

— [Feuergefahr.] In dem Hause des Baumeisters Salkowsky entstand in einem durch den Schornsteinfeger schlecht gereinigten Rauchrohr am Montage ein Kuhbrand. Dabei ergab sich, daß auch das Rohr mangelhaft angelegt, namentlich dicht an zwei Thürpfosten vorbeigeführt und in den Fugen nicht dicht genug

verbunden war. Die Thürpfosten in der verschlossenen Wohnung des abwesenden Hauseigentümers waren dadurch in Brand geraten. Das Feuer hätte daher leicht gefährlich werden können. Glücklicherweise wurde es, nachdem der Kuhbrand schon gelöscht war, durch den aus den geschlossenen Fenstern der Wohnung hervordringenden dichten Qualm rechtzeitig entdeckt und konnten, nachdem mehrere Thüren erbrochen worden waren, an seinem Ursprunge unterdrückt werden.

Neustadt v. P. 1. April. [Witterung und Saaten; Geschäftliches.] Vom schönen Wetter begünstigt, ist man allgemein mit der Sommerausaat beschäftigt. Erbsen, Hafer und Sommerroggen ist großes Ausgefeiert, während mit Auslegen der Kartoffeln schon der Anfang gemacht wurde. Die Winterarten sind, so weit ein Urteil bis jetzt darüber gefällt werden kann, gut bestanden aus dem Winter gekommen und schreiten in der Vegetation stark vor. Da noch viel Getreidevorräte vorhanden sind, so drücken sich immer mehr die Preise. Auch die Kartoffelpreise sind stark heruntergegangen. Es kommen jetzt sehr bedeutende Vorräte zum Vorschein, welche, da man höhere Preise erwartete, reservirt waren. Während man zu Anfang des Winters bis ca. 18 Thlr. pro Wipfel zahlte, bleiben sie jetzt bei 12 Thlr. ab. Nach Wolle zeigt sich einiger Begehr; so sind in diesen Tagen nicht unbedeutende Posten in Pine von Lager (vorjähriger Bestand) nach Schwedens verladen worden, wofür ziemlich hohe Preise angelegt wurden.

Angekommene Fremde.

Am 2. April 1861.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Fabrikant Weise und die Kaufleute Schnabel aus Berlin, Wittmaak aus Danzig und Neumeyer aus Darmstadt.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Thalberg aus Stettin, Göpel und Lange aus Berlin, Reallehrer Hein aus Braunschweig.

HOTEL DE BERLIN. Die Gußb. Pauly aus Karlshof, Müller und Niche aus Schmiegel, Portepeschehur v. Loge aus Liegnitz, Telegraphie-Sekretär Krüger aus Danzig, Institutsvorsteher Kretschmer aus Samter, Oberinspektor Schödler aus Zielony, die Kaufleute Mantiewicz aus Lissa, Schuck und Mantiewicz aus Breslau.

HOTEL DE PARIS. Stud. jur. v. Lukomski aus Berlin, die Gußbesitzer Matecki aus Borzejewice und Bröcker aus Rybnik.

BAZAR. Die Gußb. Frauen v. Budajewsko aus Grabkowo und v. Soltan aus Ettauen.

DREI LILLEN. Landwirth Seifert aus Schrimm.

ZUM LAMM. Die Bildhändler Kenning aus Stettin, Kenning und Privatattuaris Korst aus Berlin.

PRIVAT - LOGIS. Appell. Ger. Rath Weltz aus Bromberg, Kreisrichter Gaede aus Rawicz und Brauereibesitzer Gaede aus Stargard in Pommern, Kanonenplatz Nr. 6; Fräulein v. Rohr und Kassirer der königl. Münze Schaefer aus Berlin, Bergstraße Nr. 12.

Vom 3. April.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Pächter Ryderski aus Brodnica und Ryderski aus Miłosławie, die Gußb. Frauen v. Kraut, v. Hes und Fräulein Maj aus Berlin, die Kaufleute Behrend aus Grätz und Heinrich aus Hamburg.

HOTEL DU NORD. Königl. Kammerberr. und Rittergutsb. Graf Zolotowski aus Czacz, Akademiker Graf Złotowski aus Berlin, Rittergutsb. v. Gorzeński aus Witkowice, Bandrat Woste aus Ostrowo und Frau Intendanturräbin Neumann aus Magdeburg.

SCHWARZER ADLER. Hauptmann a. D. Mittelstädt aus Kosten, die Gutsbesitzer v. Radóński aus Biegowo, Wagrowiecki aus Szczepniki, v. Wielinski und Wielisch. Kommissarius Wojciechowski aus Unie.

HOTEL DE BERLIN. Generalbevollmächtigter v. Grabowski aus Jarocin, Rechtsanwalt Weiz, Kr. Ger. Sekretär Krug und Zimmermeister Steinbach aus Schröda, Baumeister Sodow aus Gnesen, Amonecker Richter und Kämmerer Meinecke aus Pinne, Dileponent Kriechen aus Ebersdorf, Privater Ronka aus Dobrojewo, die Kaufleute Goldnering aus Wreschen, Goldammer aus Wartchen und Keerger aus Bentschen, die Parfümerie Weise und Eist aus Kwieciszewo.

BAZAR. Die Gußb. v. Zalewski aus Osieki, Graf Starke aus Wargowo, Szoldryński aus Sieradz und v. Potocki aus Bendlewko, die Gußb. Frauen v. Zaracewsko aus Zaracewo und v. Kocorowska aus Piotrkowice.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Möbel-Führwerk

offerirt der Spediteur

Moritz S. Auerbach,

Posen, Dominikanerstraße.

Alten Markt Nr. 81 im Keller vom Dom. Solacz gibt es von Freitag den 5. an täglich frische Butter und Buttermilch.

Einem geehrten Publikum die ergebnige Anzeige, daß ich das Welchesche Restaurations- und Bier-Lokal, gr. Gerberstraße

Nr. 6, übernommen habe.

Für gute Speisen, Getränke und Bedienung werde ich stets Sorge tragen. Zu einem Einweihungs-Abendbrot auf Sonnabend den 6. d. M. lade ich freundlich ein.

Hiller.

Echten Peru-Guano, in Kommission von Hrn. Fr. Hornig in Dresden, Nachfolger des Herrn Dekonomie- roth C. Geyer, empfiehlt

Theodor Baarth,

Schuhmachersstraße Nr. 20.

Frischer amer. weißer

(Pferdezahn-) Mais ist angekommen; frühere Bestellungen effektuiren

sich jetzt und nehme neue Aufträge auf Mais und alle Sämereien für die Herren F. v. Poppe & Co. in Berlin gern entgegen.

Posen, den 3. April 1861.

Rudolph Rabsilber,

Spediteur, Breitestr. 20.

Auf dem Dom. Bopuchowo bei Mur. Goslin sind noch Birkenstämme, zur

Bepflanzung von Wegen geeignet (6—10 Fuß hoch), sowie 4—5 Fuß hohe Pflanzen wegen

Rüfung einer Schonung billig zu haben.

A. Sieburg, Wallstraße 96.

Neuen weißen amerikanischen Pferdezahn-Mais

erhielten die erste Sendung und offeriren

L. Kronthal & Lewy, Markt 84.

Mein großes Lager von Jagdgewehren, Na-

del- und Lesaucheur-Stämmen, Büchsen, Pistolen und Revolvern empfiehlt ich unter der

größten Garantie zu den solidesten Preisen.

Auch sind Jagdtaschen, leichte Hüntertaschen,

Kartouchen, Pulverbörner, Schrothüntel und viele

andere Jagdtaschen zu haben bei

A. Hoffmann, Büchsenmacher,

Breslauerstraße Nr. 22.

Die Konditorei von **A. Tomski**,

Krämerstraße, vis-à-vis der neuen Brothalle, empfiehlt sich zur geneigten Beachtung dem ge-ehrten Publikum.

Nebendige Stett. Hechte u. Barsch Don-

nerstag Abend 6 U. billig v. Kletschhoff.

Donnerstag Mittag erhalten ich Hechte und

Zander billig. **A. Basch**.

Morgen früh und Abends frische Säuse bei

M. Wie. Horach, Wronkerstr. 7.

Wiener Puspulver

empfiehlt in Originalpacketen zu 2 Sgr., wie auch zugewogen das Pfund für 4 Sgr., das Roth für 2 Pf.

die Farbenhandlung

von **Adolph Asch**, Schloßstr. 5.

Des K. Pr. Kreisphysikus Dr. Koch Kräuter-Bonbons

bewahren sich wie durch die zuverlässigen Atteste festgestellt ver möge ihrer reichhaltigen Bestandtheile den vorgänglich geeigneten Kräuter- und Pflanzenfäste bei

Hausen, Sekretär, Rauheit im Halse, Ver schleimung ic, indem sie in allen dienen Fällen lindend, reizstillend und besonders wohlthuend einwirken: sie erfreuen sich daher einer immer steigenden rühmlichen Anerkennung und werden überall, wo sie einmal gebraucht werden, vor anderen ähnlichen Fabrikaten bevorzugt. — Dr. Koch's kry stallisierte Kräuterbonbons werden in länglichen, mit nebenstehendem Stempel verfehlten Original-Schachteln, à 5 und 10 Sgr. nach wie vor stets echt verlaufen

in Posen bei **J. Menzel**, Wilhelmstraße, neben dem Postgebäude,so wie auch in Birnbaum: **J. M. Strich**, Bromberg: **C. F. Beleites**, Cho- dziešen: **C. Breite**, Braunschweig: **Aug. Cleemann**, Gnesen: **J. B. Lange**,Gräf: **Rud. Mützel**, Zuwraclaw: **H. Senator**, Kempen: **Gottschalk**Fränkel, Kosten: **B. Landsberg**, Rownatewo: **Franz Noetzel**, Gro- toscin: **A. E. Stock**, Lissa: **J. L. Hausen**, Lobsens: **L. P. Elikisch**,Natel: **L. A. Kallmann**, Netomysl: **C. J. Dampmann**, Ostrowo: **Löbel Cohn**, Pinne: **Abrah. Lewin**, Pleschen: **Th. Musielowicz**,Rawicz: **J. P. Ollendorf**, Rogasen: **Baruch Becher**, Samter: **W. Krüger**, Schmiegel: **Wolff Cohn**, Schwerin: **Moritz Müller**, Trzemeszno: **Wolff Lachmann**, Witkowo: **R. A. Langiewicz**, Wongrowitz: **J. E. Zierner**, Wreschen: **Const. Winzewski** und in Posen bei **L. Krüger**.



Stettin - Wollin - Camminer Dampfschiff-Fahrt,
vermittelst der Personen-Dampfschiffe
die „Dienow“, Capt. Negefer,
„Misdray“, Capt. Krämer,
Von Stettin nach Wollin und Cammin: Von Cammin nach Wollin und Stettin:
Vom 13. März täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
1 Uhr Mittags. 6½ Uhr Morgens.

J. F. Braeunlich,
Stettin, Krautmarkt 11, 1 Treppen.

Vereinigte Dampfschiffahrt
zwischen
Stettin, Swinemünde, Putbus (Lauterbach) und Vorpommern (Stralsund, Greifswald)

mittelst der beiden Personendampfer
„Rügen“, Capt. Raupert,
„Princess Royal Victoria“, Capt. Ruth.

Fahrplan.

„Rügen“.

Vom 28. März bis inkl. 8. Juni von Stettin nach Swinemünde, Putbus und Stralsund

Dienstag 6½ Uhr Morgens,

Freitag 6½ Uhr Morgens,

von Stralsund nach Putbus, Swinemünde und Stettin

Mittwoch 6½ Uhr Morgens.

Sonnabend 6½ Uhr Morgens.

Anmerkung. Am ersten Pfingstfeiertage unternimmt das Schiff eine Extrafahrt nach Swinemünde, Putbus und Stralsund, worüber das Nähre später bekannt gemacht wird. Von Mittwoch den 29. Mai bis Dienstag den 4. Juni inkl. tritt umständen halber eine Unterbrechung der Fahrten ein.

Heinrich Israël.
Stralsund.

Fahrplan.

„Princess Royal Victoria“.

Vom 27. März bis inkl. 8. Juni von Stettin nach Swinemünde, Putbus und Greifswald

Mittwoch 6½ Uhr Morgens,

Sonnabend 6½ Uhr Morgens,

von Greifswald nach Putbus, Swinemünde und Stettin

Montag 6½ Uhr Morgens.

Donnerstag 6½ Uhr Morgens.

Anmerkung. Die Fahrten am zweiten Oster-
tagen den 1. April und am zweiten Pfingst-
tagen den 20. Mai fallen aus, dagegen fährt
das Schiff am Dienstag den 2. April
und Dienstag den 21. Mai von Greifswald
nach Stettin.

NB. In Greifswald schließt sich Post und
Omnibus nach Ankunft des Schiffes zur Wei-
terreise nach Stralsund an.

J. F. Braeunlich.

Stettin, Krautmarkt Nr. 11.

Kladderadatsch.

Das berühmte illustrierte Berliner Witzblatt beginnt mit dem 1. April ein neues Quartal. Abonnements nehmen sämmtliche Buchhandlungen, so wie die königl. Post-
ämter des In- und Auslandes mit 21 Sgr. vierteljährlich an.

NB. Das I. Quartal von Januar r. ist noch in wenigen Exemplaren vollständig zu gleichem Preise zu bestehen.

Zu Bestellungen empfiehlt sich: die **J. J. Heine-**
sche Buchhandlung, Markt 85, so wie **E. Rehfeld,**
Mittler, Behr, Nicolai und Türk.

Fonds- u. Aktienbörsse.

Berlin, 2. April 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	75½ B
Aachen-Maastricht	4	18½ Bz u B
Amsterdam-Rotterdam	4	77½ B
Berg. Märk. Lt. A.	4	88½ Bz
do. Lt. B.	4	—
Berlin-Anhalt	4	115½-15 Bz
Berlin-Hamburg	4	113½ B
Berl. Postd. Magd.	4	142 Bz
Berlin-Stettin	4	109½ Bz
Bresl. Schw. Freib.	4	94½-94 Bz
Brieg.-Neiße	4	50½ B
Cöln-Grefeld	4	—
Cöln-Winden	3½	133-137 Bz
Cöf. Oderb. (Wih.)	4	34½-34 Bz
do. Stamm-P.	4	73 B
do. do.	4	79½ B
Elbau-Bittauer	5	—
Ludwigsburg. Verb.	4	123½ B
Magdeburg. Halberst.	4	218 Bz
Magdeburg. Wittenb.	4	37-36½ Bz
Malin-Ludwigsb.	4	100 B
Mecklenburger	4	46½-46½ Bz
Münster-Hammer	4	94 B
Neustadt-Weizenb.	4½	—
Niedersächs. Märk.	4	95½ B
Niederschl. Zweibr.	4	—
do. Stamm-P.	4	—
Nordb., Fr. Wih.	5	43½-4½ Bz u B
Oberschl. Lt. A.u.C.	3½	124½-23½ Bz
do. Litt. B.	3½	111 B
Dest. Franz. Staat.	5	122½-21½ Bz
Opeln-Tarnowitz	4	33½ B
Pr. Wlh. (Steel-B.)	4	52½ B

Rheinische, do. Stamm-P.	4	80-79½ Bz
Rhein-Nahebahn	4	24 B
Ruhrt.-Grefeld	3½	77 B
Stargard.-Posen	3½	83½ Bz
Thüringer	4	105½ Bz

In Folge der neueren politischen Nachrichten, der Ministerkrise in Wien, der Tumulte in Kaliß r. war die Haltung der Börse flau.

Breslau, 2. April. Die Börse war vorwiegend mit Regulierungen beschäftigt, das Geschäft gering, die Stimmung aber fest.

Schlusskurse. Destreichische Kredit-Bau-Aktien 51½-52½ Bz u. Br. Schlesischer Bankverein 75½ B. Breslau-Schweidn.-Greifl. Aktien 92½ Gd. ditto Prior. Oblig. 87½ Gd. ditto Prior. Oblig. — Köln-Windener Prior. — Neisse-Brieger 51½ Br. Oberösterreichische Lit. A. und C. 124½ Br. ditto Lit. B. — ditto Prior. Oblig. 89½ Br. ditto Prior. Oblig. Lit. F. 95½ Br. ditto Prior. Oblig. Lit. E. 77½ Gd. Oppeln-Tarnowitz 33½ Gd. Rheinische — Rosel-Oderberger 35½ Br. ditto Prior. Oblig. — ditto Stamm-Prior. Obl. —

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M. Dienstag, 2. April, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Börse auf ungünstigere auswärtige Notirungen flau, Geschäft unbeteckt.

Schlusskurse. Städts.-Prämiens-Akte 118. Preuß. Raffenscheine 105½. Ludwigshafen-Berbach 128½. Berliner Wechsel 105½. Hamburger Wechsel 88½. Londoner Wechsel 118½. Pariser Wechsel 93½. Wiener Wechsel 76½. Darmstädter Banknoten 178. Darmstädter Zettelbank 235 erl. div. Meiningen Kreditaktien 69. Luxemburger Kreditbank 82½. 3½ Spanier 41½. Span. Kreditbank Pereira 462. Span. Kreditbank v. Rothschild 520. Kurhess. Loosse 47½. Badische Loosse 52½. 5% Metalliques 41½. 4½% Metalliques 34½. 1854er

Die Bank- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Geschäfts-Verlegung.

Meine bisher auf der Breslauerstraße betriebene Konditorei habe ich heute geschlossen und nach dem alten Markt Nr. 6 (ehemals Bassall'sche Haas) verlegt.

Einem hochgeehrten Publikum und meinen wertgeschätzten Kunden für das bisherige Vertrauen freudlich dankend, bitte zugleich, mir dasselbe auch ferner gewähren zu wollen.

Posen, den 16. März.

A. Pätzner.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von

A. Pätzner,
Markt Nr. 6.

Die Börsen- und Handelszeitung, englische illustrierte, Preußische und Publizist sind noch zu subabonniren in der Konditorei von